

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



GEDENKVERANSTALTUNG 12. Februar 1934

Die Wiener SPÖ – Bildung, der Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen sowie die Sozialistische Jugend Wien luden zum Gedenken an die Opfer der Februarkämpfe 1934 ein. Die diesjährige Kundgebung fand am 11. Februar 2022 im Grete-Rehor-Park statt, der zwischen dem Palais Epstein und dem Parlament liegt. Die Veranstaltung stand ganz im Zeichen sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Markus Sibrava



FahnenträgerInnen bei der Februarfeier Wien 2022

Nach den Begrüßungsworten durch den Bildungssekretär der SPÖ Wien, **Marcus Schober**, betrat der Vorsitzende der Wiener SPÖ – Bildung und Landtagspräsident, Ernst Woller die Bühne. Er erinnerte in seiner Rede an den Sozialdemokraten und großen Schulreformer Dr. Otto Glöckel, der zu dieser Zeit Präsident des Stadtschulrates war. Otto Glöckel wurde am 13. Februar 1934 verhaftet und monatelang im Anhaltelager Wöllersdorf festgehalten. Nach internationalen Protesten wurde Otto Glöckel Ende Oktober 1934 aus der Haft entlassen, verstarb jedoch gesundheitlich schwer angeschlagen im Juli 1935. Ernst Woller wies darauf hin, dass die Wiener Parteischule heuer ihr 75jähriges Bestehen feiern wird.

Gerald Netzl sprach für die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen und dankte Gen. Woller und Gen. Schober für die alljährlich schöne Ausrichtung unserer

Februarfeier. Er ging auf die Ausrufung der Republik, das Republikdenkmal, die Namensänderungen der Wiener Ringstraße und einzelne umliegende Gebäude ein. Er erinnerte, dass von 700 in die Sowjetunion geflüchteten Schulbündlern 185 dem stalinistischen Terror zum Opfer fielen, und damit mehr als jene 110-115, die in den Februarkämpfen fielen!

Aus der Rede von GR **Marina Hanke**, Vorsitzende der Wiener SPÖ Frauen, ging sehr viel Kritik an der ÖVP hervor. Selbst wenn Karl Nehammer, Chef der konservativen ÖVP, den Ständestaat als Austrofaschismus einstuft, so klingt doch bis in die heutigen Tage die falsche Erzählung der „Geteilten Schuld“ durch. Die Austromarxisten wären genauso schuldig an den Entwicklungen gewesen. Die ÖVP spaltet in oben und unten, in Arme und Reiche, sie untergräbt die Justiz und die Gewaltenteilung, sie kontrolliert Medien, kauft sich

Meinungen und Stimmungen und besetzt sämtliche Posten nur mit Parteigünstlingen.

Auf Marina Hanke folgte der GR und Vorsitzende der SPÖ Innere Stadt, **Georg Niedermühlbichler**. Demokratie muss erkämpft und verteidigt werden und verwies auf die Demokratieauffassungen von Aristoteles, die er damit ergänzte, dass jeder Mensch gleich an Würde ist. Diesem vermeintlichen Konsens unter allen politischen Strömungen schlägt heute großer Zweifel entgegen und zog einen Vergleich der „Geteilten Schuld“ zwischen damals und heute.

Rihab Toumi, Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wien, betonte, dass Hass und Hetze seit Jahrhunderten gegen Andersdenkende und andere Ethnien bestehen. Die Austrofaschisten haben sich folglich dem Antisemitismus bedient. Die Christlich-Sozialen stellten sich gegen die Demokratie und

Arbeiterbewegung, dieser Hass auf die Arbeiterbewegung besteht bis heute fort. Das galt auch für Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ), die in den Februarkämpfen ebenso eine wichtige Rolle spielte. Rihab Toumi erinnerte dabei an Josef Gerl und Ernst Papanek.

Als letzter Redner betrat **Michael Ludwig**, Bürgermeister und Vorsitzender der SPÖ Wien, die Bühne. Die Trennung von Wien und NÖ vor hundert Jahren hat für die Bundeshauptstadt eigene Wege eröffnet, gegen die die Konservativen bis heute Stellung beziehen. Den Bildungsforderungen von einst, wie die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, stehen die Konservativen und Reaktionen bis heute feindselig gegenüber. Doch die SozialdemokratInnen lassen sich von ihrem Bildungsweg nicht abbringen und Ludwig nannte als Beispiele den kostenlosen Kindergarten oder die 70 Standorte, an denen kostenlose Ganztagschulen eingerichtet sind. Diese Reformen dienen auch der Gleichstellung von Mann und Frau. Den Konservativen gehe es darum, demokratische Strukturen und die Arbeiterbewegung zu schwächen, wie unter anderem in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung. Diesen Entwicklungen muss die Sozialdemokratie gegenüber stets wachsam sein.

GEDENKEN
an die Opfer
der
Februarkämpfe
— 1934 —

Für den musikalischen Rahmen sorgte – wie seit 30 Jahren – die Gruppe „Morgenrot“, die eine Reihe von Liedern der Arbeiterbewegung spielte. Die Veranstaltung zählte 250-300 BesucherInnen und wurde zudem online im Livestream übertragen.

Claus Michl-Atzmüller ■



Vereinigung sozialistischer Schriftsteller



Zwischen gestern und morgen

Genosse Alexander Emanuely stellt in mehreren Teilen die „Vereinigung sozialistischer Schriftsteller“, ihre Mitglieder und deren Werke vor.

Theodor Kramer Gesellschaft



Herbert Exenberger Archiv in der Theodor Kramer Gesellschaft

Jeden Sonntag konnten sich die LeserInnen der „Arbeiter-Zeitung“ auf die Lektüre eines umfangreichen Literaturteils freuen. In den beiden Ausgaben vom 15. und vom 22. Jänner 1933 schrieb Marianne Pollak über die Frauenrechtlerinnen der britischen Arbeiterbewegung, veröffentlichte Walter Lindenbaum ein satirisches Liebesgedicht und Klara Blum den Dialog „Herrendämmerung“. Rudolf Brunngrabers Fortsetzungsroman „Karl und das zwanzigste Jahrhundert“ fand sich genauso abgedruckt wieder, wie Schiller Marmoreks Essay über den französischen Schriftsteller Stendhal. Weiters konnte man Ernst Waldingers Gedicht „Fabrikstadt, Winter 1933“ und drei von Josef Luitpold Stern nachgedichtete Sonette Tommaso Campanellas lesen. Die literarischen Ausflüge waren neben den Berichten zu Sportveranstaltungen und Treffen verschiedener Organisationen sowie eine Ankündigung der „Sozialistischen Kunststelle“, dass die von ihr organisierte Lesung Stefan Zweigs im Ottakringer Arbeiterheim ausverkauft sei, die wohl erbaulichsten Beiträge in der Tageszeitung, die zu den auflagenstärksten Österreichs zählte. Ansonsten waren die Meldungen und Berichte mehr als beunruhigend. In Österreich und Deutschland verübten Nazis täglich Mord- und Bombenanschläge auf ihre GegnerInnen und auf jüdische Geschäfte, die österreichische Regierung arbeitete mit Mussolini an der Zerstörung der Demokratie in Mitteleuropa und in Deutschland standen Wahlen bevor, die nichts Gutes verhiessen. Schließlich sollten am Sonntag den 29. Jänner 1933 die deutschen Nazis Regierungspartei werden und den Kanzler stellen.

Die besorgniserregende politische Lage brachte wohl die eingangs aufgezählten AutorInnen der „Arbeiter-Zeitung“ dazu, eine neue Vorfeldorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu gründen. Im Gegensatz zu der seit 1919 existierenden „Sozialistischen Vereinigung geistiger Arbeiter“ sollte die neue Organisation ein SchriftstellerInnenverband sein. Am 14. Jänner 1933 hatte man den Verein und die Statuten bei den Behörden gemeldet und am Sonntag dem 22. Jänner versammelten sich die ersten Mitglieder im Saal der sozialistischen Bildungszentrale im 5. Wiener Gemeindebezirk, Schönbrunner Straße 56, zur konstituierenden Hauptversammlung der „Vereinigung sozialistischer Schriftsteller“. Die Bildungszentrale in der Schönbrunner Straße sollte auch der Sitz des Vereins werden. Der Mitgliedsbeitrag betrug monatlich 50 Groschen (ca. 2 Euro).

Am 18. Mai 1933 fand der erste AutorInnenabend der neu gegründeten Vereinigung statt. Dabei bot man den jungen, noch nicht so bekannten Mitgliedern Klara Blum, Franz Trescher, Adolf Unger, Alfred Werner (Alfred Weintraub) die Möglichkeit, sich und ihre Arbeiten vorzustellen. Aus den Werken las u.a. Elisa Karau, Leiterin des Sprechchors der „Sozialistischen Kunststelle“. Der Wiener Volksbildner Richard Wagner, der ebenfalls Mitglied der Vereinigung war, berichtete vom ersten AutorInnenabend in der „Arbeiter-Zeitung“ und fasste zusammen:

„In der Diskussion [...] wurde die Zwischenstellung des sozialistischen Schriftstellers zwischen gestern und morgen, in seiner allgemeinen geistigen Position, in seinem Formsuchen und Formfinden ebenso stark spürbar wie in den Vorlesungen.“

In den wenigen Monaten seit der Gründung hatten sich schlimmste Befürchtungen erfüllt: In Deutschland hatten die Nazis ihr Terrorregime eingeführt und in Österreich war das Parlament am 4. März ausgeschaltet und der Weg zur Diktatur geebnet worden. Nur einige Tage nach der Lesung sollte am 24. Mai der österreichische Verfassungsgerichtshof arbeitsunfähig gemacht werden.

Über 50 Mitglieder gewann die Vereinigung in dem Jahr, da sie bestand, darunter Flüchtlinge aus Deutschland, wie Jakob Haringer und Oskar Maria Graf, oder, neben den schon genannten, Theodor Kramer, Max Winter, Marie Jahoda, David Josef Bach, Ernst Fischer, Fritz Brügel, Laurenz Genner, Hermynia Zur Mühlen, Else Feldmann, Thekla Merwin, Adele Jellinek. Die Vereinigung war für SozialdemokratInnen gedacht, in Einzelfällen machte man aber auch Ausnahmen, so z.B. für den der KP nahestehenden Fritz Bartl. Erster Obmann war Josef Luitpold Stern. Es wurden regelmäßig Lesungen der Mitglieder und Diskussionsabende, u.a. mit dem Schweizer Verleger Emil Oprecht,

Gründer des Europa Verlages, organisiert. Am Sonntag, dem 4. Februar 1934, fand eine erste ordentliche Generalversammlung statt. Man beschloss in Zukunft noch deutlicher die Stimme „gegen die Barbarei zu erheben“. Neuer Obmann wurde Rudolf Brunngraber, Obmannstellvertreter Theodor Kramer und Oskar Maria Graf. Eine Woche nach diesem feierlichen Treffen schaffte die Regierung endgültig und mit aller Gewalt die Republik ab. Alle sozialdemokratischen Einrichtungen, darunter auch die Vereinigung, wurden verboten. Der Auflösungsbescheid der Vereinspolizei wurde am 2. März 1934 ausgestellt.

Die nächsten elf Jahre brachten für fast alle Mitglieder Arbeitsverbot, Verfolgung, Exil und für viele den Tod in den Vernichtungslagern der Nazis. Fast alle Mitglieder gerieten, so wie ihre Werke, nach der Befreiung sukzessive in Vergessenheit. Im September 1948 wurde die Vereinigung zwar wieder ins Leben gerufen, doch von den über 50 SchriftstellerInnen des Jahres 1934 fanden sich nur noch sechs zur Wiederbegründung ein, darunter der erneut zum Obmann gewählte Rudolf Brunngraber. Man schloss sich dem BSA an, nahm nun auch JournalistInnen auf, und aus der „Vereinigung sozialistischer Schriftsteller“ wurde im Laufe der Zeit die „Bundesfachgruppe Medienberufe“.

Theodor Kramer Gesellschaft



Herbert Exenberger Archiv in der Theodor Kramer Gesellschaft

Es ist Herbert Exenberger zu verdanken, dass die Vereinigung und ihre Mitglieder des Jahres 1933 nicht in völlige Vergessenheit gerieten. In den 1980er-Jahren begann er die noch lebenden SchriftstellerInnen im In- und Ausland zu kontaktieren, er rettete Nachlässe, rettete das Erbe. Regelmäßig publizierte er zu den einzelnen AutorInnen, stellte sie und ihre Werke vor. Im Jahr 2000 gab er „Als stünd‘ die Welt in Flammen. Eine Anthologie ermordeter sozialistischer SchriftstellerInnen“ heraus. Herbert Exenberger legte ein umfangreiches Archiv zur Vereinigung an, welches nach seinem Tod 2009 auf seinen Wunsch in das Archiv der Theodor Kramer Gesellschaft eingegliedert wurde, wo es Brigitte Lehmann und ich für die öffentliche Nutzung aufbereiteten. Die Sammlung stellte ein unglaubliches Zeugnis an literarischem Reichtum dar. Sie ist aber auch ein Zeugnis für das Ausmaß der Zerstörung von Arbeiterkultur und Intellektualität in Österreich nach 1934 und vor allem nach 1938.

Alexander Emanuely ■

Vereinigung sozialistischer
Schriftsteller



Sichtbare Zeichen des Gedenkens in Meidling setzen!

Dies hat sich der „Verein für antifaschistische Aufklärung und Gedenkarbeit in Meidling“ zur Aufgabe gemacht. Auf Initiative der Meidlinger FreiheitskämpferInnen wurde der Verein unter Federführung der früheren Bezirksvorsteherin von Meidling, Gabriele Votava, und dem Vorsitzenden der Meidlinger FreiheitskämpferInnen, Walter Schuster, ins Leben gerufen. „Die schamlose Verwendung eindeutiger Symbole und Sprache durch Rechtsextreme bei Kundgebungen der letzten Zeit und die damit einhergehende Verharmlosung der Taten und Herabwürdigung der Opfer nationalsozialistischer Verbrechen macht einmal mehr deutlich, wie wichtig eine offensive antifaschistische Aufklärung und Gedenkarbeit ist“, so der Vorsitzende des Gedenkvereins, Walter Schuster. Der neu gegründete Verein hat sich zum Ziel gesetzt, die Aufklärung über Austrofaschismus und Nationalsozialismus sowie über die Verbrechen von TäterInnen in Meidling zu forcieren. Ein besonderes Anliegen ist den InitiatorInnen das Gedenken an die Opfer von Faschismus und Rechtsextremismus. In Meidling weisen schon viele Gedenktafeln etwa auf die gewaltsame Ausschaltung der Demokratie durch das austrofaschistische Regime im Februar '34 und deren Opfer hin, ebenso auf Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes. Diesen Opfern und Menschen, die sich für Demokratie und Freiheit eingesetzt haben, möchte der Meidlinger Gedenkverein ein ehrendes Andenken und eine entsprechende Sichtbarkeit auch im öffentlichen Raum bewahren. Alleine aus Meidlinger Gemeindebauten wurden weit über 100 jüdische MieterInnen vertrieben, ihre Wohnungen arisiert und viele von ihnen in KZs ermordet. Bislang fehlen sichtbare Zeichen der Erinnerung. Das soll sich ändern.

Besonders wichtig ist den InitiatorInnen auch die Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendeinrichtungen in Meidling. Gerade die Schicksale jener Menschen, die im Nachbarhaus gewohnt haben oder ums Eck ein Geschäft hatten, erfüllen Geschichte mit Leben, wecken Interesse und machen auch die Geschichte im eigenen Grätzl interessant.

Zu erreichen sind die Mitwirkenden des Vereins für antifaschistische Aufklärung und Gedenkarbeit in Meidling unter gedenkarbeit.meidling@gmx.at

Walter Schuster ■



Katharina Brandel



Für unsere KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen

Die Betreuung der KZ-Überlebenden und ihrer Hinterbliebenen ist neben unserem antifaschistischen und historischen Engagement das wichtigste Anliegen der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen. Jedes Opfer wird, wenn gewünscht, nach Ende der Pandemie von uns besucht.

DÖW



Die NS-Opferverbände kämpfen ab Ende der 1940er-Jahre um die Entschädigung für Haftzeiten.

Genosse Peter Weidner begleitet die KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen auch ins Sozialministeriumservice (vormals Bundessozialamt

und noch früher Landesinvalidenam), um dort mit ihnen um einen Parkausweis nach § 29 b anzuschauen und begleitet sie zum ärztlichen Sachverständigen. Diese § 29 b-Parkausweis-Bestimmungen gelten auch für Lenkerinnen und Lenker von Fahrzeugen, während sie einen Menschen, der diesen Ausweis besitzt, befördern.

Auch bei der Befreiung von Gebühren für Rezepte und Rundfunk sowie der Telefongrundgebühr konnten wir schon oft helfen, ebenso bei der Eintragung des Freibetrages aufgrund des Vorliegens eines Opferaussweises oder einer Amtsbescheinigung. Von den von uns Betreuten beziehen viele eine Ausgleichszulage. Für sie wird jedes kaputt gegangene Haushaltsgerät, jede neue Brille oder gar ein Zahnersatz zum großen finanziellen Problem.

Information zur Opferfürsorge
Peter Weidner hilft Ihnen

(oder Lebensgemeinschaft) 2.579 Euro, Erhöhungsbeitrag pro unterhaltsberechtigtem Kind 364 Euro.

Folgende wichtige Änderung trat bereits ab 1. Jänner 2020 in Kraft: Finanzielle Aushilfen für Heilfürsorgeleistungen (wie Zuschüsse für Zahnkronen und Brücken, Hörgeräteversorgung, Krankenbetten und Krankenfahrräder, Sehbehelfe und Brillen, orthopädische Schuhe, sonstige Heilbehelfe und Hilfsmittel, psychotherapeutische Behandlungen, Wahlartzkosten) können nicht mehr beantragt werden!

Dafür wurde die jährliche finanzielle Aushilfe von 900 auf 1.200 Euro erhöht! Zwischen der Zuerkennung dieser Aushilfe muss der Zeitraum von einem Jahr liegen und muss immer beim Sozialministerium bei Frau Maria Buck (maria.buck@sozialministerium.at), 1010 Wien, Stubenring 1, beantragt werden.

Bei allen Fragen steht Ihnen wie immer Peter Weidner telefonisch unter 0664/533 88 29 oder per E-Mail (p.weidner@aon.at) mit Rat und Tat zur Seite. Er füllt Ihre Formulare aus und leitet diese an die zuständigen Stellen weiter.

Große Bitte: Solltet Ihr Nachfahren von ermordeten KZ-Opfern und auch von KZ-Überlebenden kennen, bitten wir Euch Peter Weidner zu verständigen. Es könnte sein, dass diese Menschen aufgrund des Schicksals ihrer Eltern schwer traumatisiert sind und dann einen Anspruch auf eine Opferrente hätten. Vielen Dank!

Peter Weidner ■

Insgesamt entfällt im Durchschnitt gut ein halber Tag pro Woche auf diese, natürlich ehrenamtliche Betreuung. Die Bedeutung von Anrufen (und nach der Pandemie wieder von Hausbesuchen) bestehen darin, durch persönliche Gespräche der Vereinsamung der Opfer entgegenzuwirken. Da alle Betreuten schon sehr betagt sind, kümmern wir uns vor allem um ihre gesundheitliche Lage und finanziellen Anliegen. Dabei konnten wir zum Beispiel schon sehr oft Hilfestellung für eine Zuerkennung beziehungsweise Erhöhung des Pflegegeldes geben.

Ein besonderes Anliegen sind uns Beratung und Hilfestellung für die Zuerkennung beziehungsweise die Erhöhung von Opferrenten aufgrund haftbedingter Gesundheitsschäden.

Information zur Opferfürsorge

Die folgend angeführten Einkommen sind monatliche Nettobeträge. Außer Betracht bleiben dabei Rentenleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz, Pflegegelder und Unfallrenten, wenn behinderungsbedingte Mehraufwendungen nachgewiesen werden.

Die Einkommensgrenzen für die Vergabe von Leistungen aus dem Ausgleichstaxfonds Opferfürsorge wurden ab 1. Jänner 2022 wie folgt erhöht: Für Aushilfen: Einzelpersonen 1.853 Euro, Ehepaare

Gedenken zu Allerheiligen

Alljährlich gedenkt unser Bund am 1. November um 9 Uhr am Kommunalfriedhof beim Mahnmal für die Opfer des Faschismus unserer GenossInnen. Nach der Eröffnung durch Gen. Matteo Gebhart und der musikalischen Umrahmung des Eisenbahnermusikvereins hielt BR David Egger als Landesparteivorsitzender die Gedenkrede. „Unter Einsatz ihres Lebens haben viele GenossInnen für eine lebenswerte Zukunft und gegen die faschistische Unterdrückung gekämpft, heute ist es unsere Aufgabe die Demokratie zu schützen.“



LPV Gen. David Egger am 1. November 2021

SPÖ Salzburg ■

M. Seeburger



Februargedenken Goethehof 2022

Am Freitag, dem 11. Februar 2022, wurde um 13.00 Uhr, die jährliche Kranzaufhängung beim Goethehof durch die SPÖ-Donaustadt gemeinsam mit der Bezirksgruppe der FreiheitskämpferInnen durchgeführt.

Das vom Spanienkämpfer und bildenden Künstler Franz Pixner (1912 – 1998), geschaffene Relief an der Fassade des Goethehofes, auf der rechten Seite neben dem Haupttor, erinnert an die gefallenen Kämpfer des Goethehofes gegen den von den Austrofaschisten verursachten Bürgerkrieg und Diktatur.

Diese Kranzaufhängung erfolgt traditionell ohne Ansprache in Form eines stillen Gedenkens.

SPÖ Meidling



Die heurigen Teilnehmer waren der SPÖ-Bezirksparteivorsitzende Gen. Joe Taucher (4. von rechts) daneben der Bezirksvorsteher Gen. Ernst Nevriy, der Bezirkssekretär Gen. Daniel Fleissner und die Bezirksgruppenvorsitzende der FK-Donaustadt Gin. Claudia Garfias (4. von links).

Weitere TeilnehmerInnen waren Donaustädter GemeinderätInnen und MitarbeiterInnen der FreiheitkämpferInnen Donaustadt.

Februargedenken Liesing

Martin Langer



Auf Initiative der Sozialistischen Jugend gedachte die SPÖ Liesing erstmals der Februarkämpfe. Ort waren die Arbeiterwohnhäuser der Genossenschaft Wien-Süd, wo es 1934 einen Toten gab.

NIEMALS VERGESSEN

Februargedenken Meidling



SPÖ Meidling

Februargedenken Kärnten



SPÖ Kärnten

Gedenken zum Nationalfeiertag in Salzburg

Eine kleine Delegation der Stadt SPÖ fand sich am Kommunalfriedhof ein, um an diesem Feiertag beim Ehrengrab der Stadt Salzburg zu gedenken.



Sabine Gabath

V. l. n. r. Vize-Bgm. und Stadtparteivorsitzender Bernhard Auinger, FK LV Matteo Gebhart, Gemeinderatsklubvorsitzende Andrea Brandner

Murtaza Elham

Februargedenken Margareten



Um an die Februarkämpfe 1934 zu erinnern, fand am 12. Februar traditionell eine Kranzniederlegung im Margaretner Reumannhof, einem der Schauplätze der Kampfhandlungen, statt. Die Gedenkveranstaltung war eine Kooperation mit der Sektion 19, der Jungen Generation und der Sozialistischen Jugend Margareten. Zahlreiche Genoss*innen und Anrainer*innen fanden den Weg zum Reumannhof und unterstützten dieses so wichtige Gedenken. „Mit diesen Aktionen wird nicht nur den antifaschistischen Vorkämpferinnen und Vorkämpfer gedacht, sondern auch mahndend darauf aufmerksam gemacht, dass wir heute in einer Demokratie leben, in der Menschen trotz pandemischer Bedingungen die Freiheit haben, gegen die bestehende Regierung zu demonstrieren, sie zu kritisieren und als diktatorisch zu bezeichnen. Menschenverachtende Verbrechen, die Aushebelung der Freiheit und Demokratie heute für gesellschaftsspaltende Politik zu instrumentalisieren kommt der Verhöhnung aller Opfer des antifaschistischen Widerstands gleich“, so Arijana Šegalo, Vorsitzende der Margaretner Freiheitskämpfer und Freiheitskämpferinnen.

Februargedenken Brigittenau

Auch 2022 gedachten wir derer, die im Februar 1934 und in der Zeit des Austrofaschismus für Freiheit und Demokratie und gegen den Faschismus kämpften. Daher fand auch dieses Jahr am 12. Februar 2022 das Brigittenauer Februargedenken statt.

Bei der Gedenktafel für den Widerstandskämpfer Josef Gerl brachten wir einen Kranz an. Anschließend sprachen Asja Ahmetovic von der Sozialistischen Jugend Brigittenau und Ernst Jaritz, Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Bezirksgruppe Brigittenau.

Gerl war Jungsozialist und Mitglied der Roten Falken und der SAJ. Besonders auf die Bedeutung der Weitergabe von Idealen über die Generationen hinweg wurde in den Redebeiträgen hingewiesen: „Nur Geschichten zu erzählen reicht nicht. Wir müssen die Moral hinter diesen Geschichten verstehen. Tradition ist nicht die Anbetung der Asche, sondern die Weitergabe des Feuers. Gerl war Internationalist, Antifaschist und Sozialist. Und für diese Werte kämpfen wir noch heute.“ Zum Abschluss wurden gemeinsam noch Lieder unserer Bewegung gesungen.

SPÖ Brigittenau



Februargedenken Mödling



SPÖ Mödling

Den Frauen im Widerstand widmeten die SPÖ Bezirk Mödling und die FreiheitskämpferInnen ihre diesjährige Gedenkundgebung zum 12. Februar 1934. Bei der traditionellen Kranzniederlegung beim Mahnmal am Mödlinger Stadtfriedhof appellierte Vorsitzender LABg. Hannes Weninger an den sozialen Zusammenhalt und die Verteidigung der Demokratie. In einer berührenden Lesung erinnerte die Mödlinger Literatin Sylvia Unterrader an mutige Frauen im Widerstand gegen das austrofaschistische Regime. „Die Regierung Dollfuß berichtete von 21 getöteten und 79 verletzten Frauen während der Februarkämpfe. Die Zahl der Verletzten dürfte aber deutlich höher gelegen haben, da die Betroffenen die Spitäler aus Angst vor einer Verhaftung mieden.“



FRAUEN UND DER 12. FEBRUAR 1934

Eine Rede von Gin. Sylvia Unterrader bei der Februarfeier in Mödling



Mödling, Fünfhaus. Dieser Komplex war einer der Brennpunkte des **12. Februar 1934** in Mödling. Eine der Bewohnerinnen war Frau Franziska K. Sie erzählte mir, wie sie diese Februartage erlebt hatte. Damals war sie neun oder zehn Jahre alt, erfuhr ich, und hat mit ihren Eltern ganz in der Nähe, Richtung St. Gabriel gewohnt. Sie hörte, wie an diesem Tag in Fünfhaus geschossen wurde. Und dann ist durch ihre Wohnung ebenfalls geschossen worden, bei einem Fenster hinein und beim gegenüberliegenden wieder hinaus. Sie schilderte die Angst, die sie und ihre Mutter hatten.

Diese Angst hatten viele, Männer wie Frauen, und doch, eine große Zahl jener ging daran, für die Demokratie zu kämpfen, und das waren ebenfalls Männer und Frauen. Dennoch, was Frauen am 12. Februar und den darauffolgenden Tagen erlebt und was sie damals zur Verteidigung demokratischer Erregenschaften beigetragen haben, ist in der Öffentlichkeit sehr viel weniger bekannt als die Handlungen der Männer. Obwohl, wenn man genau schaut, waren es auf allen größeren Kampfschauplätzen Frauen, die aktiv ins Geschehen eingriffen. Mehr noch: ohne sie wäre der Aufstand vermutlich schon früher zusammen-, mancherorts auch gar nicht erst ausgebrochen. Denn die Auseinandersetzungen trafen den Schutzbund in vielen Bereichen schlecht vorbereitet.

Die Kommandeure konnten infolge ihrer Verhaftung keine Anweisungen mehr geben, und so blieb der Rest der Organisation oft planlos zurück. Hier griffen an manchen Orten überraschend Frauen ins Geschehen ein. Wie im oberösterreichischen Steyr, wo die Generalstochter Erna Schwitzer eine geheime Versammlung der Schutzbundführer einberief und leitete, um das Vorgehen im Ernstfall festzulegen.

Als am 12. Februar zu Mittag von der Regierung Dollfuß das Standrecht ausgerufen und im Radio

Schüssen in Linz berichtet wurde, kam es in den St. Pöltner Betrieben Glanzstoff, Voith und Schüller zum Streik. Doch es fehlten Weisungen und ein gezielter Plan. Bis zum Abend kamen keine Befehle aus Wien, und so übernahm Maria Emhart die Initiative und nahm mit Franz Rauscher, einem Gewerkschaftsfunktionär, den Kontakt mit Wien auf.

„Alle warteten auf eine Order. Aber diese kam nicht. Ich glaube, die Order sollte heißen Fritz ist erkrankt. Der ... Genosse Bartinek verteilte an alle Verbandspackerln, aber keine Waffen. Ich blieb selbst bis nach Mitternacht bei den Schutzbündlern. Alle wussten, dass es nun das Standrecht gibt.“

Viele sozialdemokratische AktivistInnen

schwankten in dieser Situation zwischen Kampfbereitschaft, Mutlosigkeit, Hoffnung und Trotz. In dieser Situation waren es immer wieder Frauen, die versuchten, unentschlossene Genossen zu motivieren.

Franz Rauscher fand bei seiner Ankunft in St. Pölten eine unübersichtliche Situation vor. Die beiden wichtigsten Kommandeure des dortigen Schutzbundes waren unauffindbar.

Die verbliebenen Führer wollten ihrerseits nicht auf eigene Faust vorgehen. Damit konnte sich Maria Emhart nicht abfinden. Ohne zu zögern ließ sie Frauen in Kinderwägen Waffen zu den Sammelplätzen des Schutzbunds schaffen. Emhart initiierte eine Besprechung der verbliebenen Schutzbundführer, damit diese ihre Männer mobilisierten. Von Emhart erfolgreich

unter Druck gesetzt, erklärte ihr der Ranghöchste unter den Anwesenden schließlich, „wenn es schiefeht, erschieße ich zuerst Sie, dann mich.“ Von diesem Vorhaben ließ er zwar ab, nach seiner Festnahme belastete er sie jedoch schwer. Und weil Frauen weit weniger Verdacht als Männer erregten, agierten Aktivistinnen während der gesamten Dauer der Kämpfe als Kundschafterinnen und Kurierinnen.

Der Jugendfunktionärin Herma Paschinger gelang es zudem, in dem von der Heimwehr besetzten St. Pöltner Parteisekretariat unbemerkt die gesamte Schutzbundkartei an sich zu nehmen und zu verbrennen.

**Für die Frauen,
die außergewöhnlichen
Mut bewiesen haben!**

Schließlich griffen Frauen auch zur Waffe, z.B. in Oberösterreich und vor allem

in Wien, im Fuchsenfeldhof in Meidling oder im Karl-Marx-Hof in Döbling. Die Regimepresse meldete, nach der Kapitulation des Quellenhofes sei festgestellt worden, „dass sich auch Frauen und

Kinder ... an dem Kampfe beteiligten und aus Fenstern und hinter Türen hervor auf die Exekutive schossen.“ Wichtig war darüber hinaus die Versorgung der Aufständischen mit Essen, warmer

Kleidung und Munition. Dies war an allen Kampfschauplätzen vor allem Frauensache.

In Niederösterreich war es unter anderem im Piesting- und Gölseental, in Mödling und in St. Pölten zu Kämpfen gekommen.

Die genaue Zahl der weiblichen Opfer der Kämpfe ist unbekannt. Die Bundesregierung ging im März von 21 getöteten und 79 verletzten

Frauen aus. Vermutlich war die Zahl der Verletzten deutlich höher, denn die Betroffenen mieden möglichst die Spitäler. Man wusste, dass dort die Polizei nach KampfteilnehmerInnen suchte.

Nach dem 12. Februar halfen Frauen vielen flüchtenden Kämpfern, vorerst unterzutauchen – oder ins Ausland zu fliehen. Und Frauen wurden so wie ihre männlichen Gefährten verhaftet, so wie etwa Maria Emhart oder Rudolfine Muhr.

Maria Emhart gelang nach der Entlassung aus der Haft stark geschwächt die Flucht in die Schweiz, wo sie sich mit finanzieller Unterstützung der „Roten Erzherzogin“, Fürstin Windisch-Graetz, Lebensgefährtin und spätere Ehefrau des Mödlinger Sozialdemokraten Leopold Petznek, in einer Lungenheilstätte erholen konnte.

Es waren Frauen, die in den Tagen und Wochen nach dem 12. Februar maßgeblich zur Aufrechterhaltung der mittlerweile verbotenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bzw. zum Aufbau der Revolutionären Sozialisten beitrugen.

Noch viele weitere Frauen waren beteiligt und haben eine Erwähnung verdient. Viele von ihnen wurden verhaftet, gefangen gehalten und mussten noch lange Zeit unter Repressalien des Regimes leiden. So etwa Rosa Jochmann, Gabriele Proft, Rudolfine Muhr, Anna Boschek, Amalie Seidl und Hella Postranetzky in Wien, Maria Fertner oder Paula Wallisch in Bruck an der Mur, um nur einige zu nennen.

Gedenken wir all der Menschen, die in den Februartagen 1934 zur Verteidigung von Gerechtigkeit und Demokratie aufstanden, der Männer natürlich, aber holen wir auch die Frauen vor den Vorhang, die damals außergewöhnlichen Mut bewiesen haben.

Der Text basiert auf einer Unterlage von Gen. Florian Wenninger aus dem Jahr 2017. ■



Tirol: Ehrungen anlässlich des Gedenkens an die Februarkämpfe 1934

SPÖ Tirol



LA Elisabeth Fleischanderl, Dr. Matthias B. Lauer, NRin Selma Yildirim

In Tirol wurden zwei herausragende FreiheitskämpferInnen für ihr antifaschistisches Engagement geehrt.

Mag. Ingrid Tschugg wurde mit der Otto-Bauer-Plakette für ihre Arbeit, vor allem im Bereich der Zeitgeschichte ausgezeichnet.

Dr. Matthias B. Lauer wurde die Rosa-Jochmann-Plakette, für seinen Einsatz im Asylwesen und die Rechte von geflüchteten Menschen, überreicht.

überreichten die Auszeichnungen an die Geehrten.

Die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen erinnern jeden Februar an die Ereignisse 1934. Weil der Kampf für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit uns bis heute im Gedächtnis bleiben muss.

Einen Beitrag „Gegen das Vergessen“ leistete Drin Gisela Hormayr mit Ihrem Vortrag „Tiroler Februarkämpfe im Exil“.

LA Elisabeth Fleischanderl, Vorsitzende der FreiheitskämpferInnen Tirol, und NRin Selma Yildirim

Musikalisch umrahmt wurde die Gedenkveranstaltung von Julia Schumacher-Fritz.

Februargedenken Gänserndorf

Am 12. Februar 2022 erinnerten wir uns beim Erinnerungsmal des DULAG Strasshof der Opfer des Bürgerkrieges im Februar 1934 und widmeten das diesjährige Februargedenken stellvertretend dem Sozialdemokraten **Heinrich Widmayer** (5.4.1891-17.5.1977), der gegen zwei Faschismen kämpfte: gegen den Austrofaschismus und gegen den Nationalsozialismus. Zwischen 1934 und 1944 wurde er siebenmal verhaftet und in das Anhaltelager Wöllersdorf verschleppt. Im Herbst 1944 wurde er von der Gestapo festgenommen und nach verschärften Verhören ins KZ Theresienstadt gebracht, er überlebte die Gestapohaft und wurde 1945 befreit.

SPÖ Gänserndorf



Von links nach rechts: Bernhard Blank VAS Strasshof, Jacqueline Stöger Vorsitzende Gänserndorf, Christine Klein Schriftführerin, Stefan Löw ehem.Vorsitzender, Ludwig Deltl Bgm Strasshof

Jacqueline Stöger lud als Obfrau der FreiheitskämpferInnen Gänserndorf ein, es kamen zahlreiche Mitglieder, ebenso der Bürgermeister von Strasshof, Ludwig Deltl mit GemeinderätInnen. SJ Mitglieder legten rote Nelken zu den 7 Betonblöcken des Erinnerungsmals an die 7 Zwangsarbeitslager, über die Bernhard Blank, Obmann des VAS Strasshof und Rolf Neidhart, Bgm.a.D. beim anschließenden Besuch im Heimatmuseum beeindruckend referierten und uns motivierten, unsere Aufklärungsarbeit über die Verbrechen der faschistischen Diktaturen fortzusetzen.



LA Elisabeth Fleischanderl, Mag. Ingrid Tschugg, NRin Selma Yildirim

SPÖ Tirol

Kranzniederlegung Favoriten

Wie jedes Jahr gedenken die SPÖ Favoriten und die Freiheitskämpfer Favoriten zum 12. Februar den Februarkämpfen 1934. Die Kranzniederlegung beim Mahnmahl am Reumannplatz, fand am Donnerstag, dem 10. Februar 2022 statt.



Foto von links: Kurt Stastka, Herta Slabina, Miriam Bonaparte Auguste

SPÖ Favoriten

Die Deportation der Kärntner SlowenInnen 1942

DÖW

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDS

Vor 80 Jahren begingen die Nazis großes Unrecht an Österreicherinnen und Österreichern. Anton Bergauer hat diesen Artikel über das große Unrecht, das unseren Landsleuten angetan wurde, auf der Website des DÖW gefunden.

Am 14. April 1942 begann die Deportation slowenischer Familien durch eigens dazu abkommandierte, motorisierte Abteilungen des Reservebataillons 171 und SS-Einheiten. „Umsiedlung von Slowenen aus Kärnten“ hieß, den wahren Tatbestand verheimlichend, ihr Einsatzbefehl. Mit dem Begriff „Aussiedlung“ wird noch heute, selbst von einem Teil der Betroffenen, ein Akt der Gewalt umschrieben, der den Nationalsozialisten die Möglichkeit bot, gleich zwei Probleme mit einem Schlag

zu lösen: die Ansiedlung der Kanaltaler Optanten auf deutschem Reichsgebiet und die „Bereinigung“ der leidigen Slowenenfrage. In einer Anordnung vom 25. August 1941 verfügte Heinrich Himmler, das „doppelsprachige Gebiet des Reichsgaues Kärnten“ für die Ansiedlung der Kanaltaler besonders heranzuziehen.

Die SlowenInnen wurden von der Aktion buchstäblich im Schlaf überrascht: Während SS und Polizei zur Eile antrieben, mussten sie binnen kürzester Zeit das Wichtigste packen, oft noch kleine Kinder reisefertig machen und ihr Heim verlassen, ohne die leiseste Ahnung, wohin man sie bringen würde. Ihr erstes Durchgangslager war Ebenthal/Žrelec wo ihr Vermögen von der Deutschen Ansiedlungsgesellschaft (DAG) übernommen wurde. Ursprünglich waren 1.220 Personen für die „Aussiedlung“ vorgesehen gewesen, doch 123 waren noch vor Beginn der Aktion im Einvernehmen mit der Gestapo zurückgestellt worden, 22 waren geflüchtet oder nicht angetroffen worden



Axel Maier

Mahnmal beim Bahnhof Ebenthal/Žrelec

und 158 wurden aus dem Durchgangslager wieder nach Hause geschickt. Letztendlich wurden 917 SlowenInnen aus Kärnten in die Lager der Volksdeutschen Mittelstelle nach Hesselberg, Hagenbüchach, Markt-Bibach, Frauenaarach und Glasow nach Deutschland verschickt. Nach einer kurzen Zeit der Lager Sperre wurden alle Frauen, Männer und Jugendliche ab 14 Jahren zur Zwangsarbeit in verschiedenen Fabriken, in der Landwirtschaft und als Haushaltshilfen bei NS-Parteigenossen eingesetzt. Im Lager lebten die Mütter mit den Kleinkindern. Für die Kinder selbst war ein Schulbesuch nicht vorgesehen, der Unterricht wurde von den SlowenInnen selbst organisiert, wobei die Lagerleitung darauf zu achten hatte, dass sich das Wissen auf das Elementarste beschränkte. Der erlaubte Lehrplan kann unter dem Motto: Lesen, Schreiben, Zähne putzen zusammengefasst werden.

In Kärnten hatte die Vertreibung vor allem unter den SlowenInnen für sehr viel Unruhe gesorgt. So wird in zahlreichen Berichten von

Gendarmerieposten die gedrückte Stimmung der Minderheit erwähnt und dass die Menschen nicht in gewohnter Weise ihrer Arbeit nachgehen würden. Es kam auch zu einigen Protesten von deutschsprachiger Seite; so ersuchte die Wehrmacht um Überprüfung jener Fälle, in denen Angehörige der Wehrmacht betroffen waren, und es gibt vereinzelte Protestschreiben von Parteigenossen bzw. vom Kapitularkvark von Gurk, Bischof Rohrer. Ob des Unmuts in der Bevölkerung war es für die Nationalsozialisten notwendig geworden, in den Südkärntner Gemeinden Versammlungen einzuberufen und die Aktion nachträglich zu begründen. Maier-Kaibitsch, Leiter des Gauhauptamts für Volkstumsfragen, unterstrich in einem Vortrag am 10. Juli 1942: „Die Ereignisse auf dem Balkan im Vorjahre geben uns die Handhabe, in dem Gebiet nördlich der Karawanken mit der sogenannten slowenischen Minderheit Schluss zu machen

(...) In dem Gebiet nördlich der Karawanken muss deutsch gesprochen werden.“

Zu weiteren großflächigen Deportationen kam es nicht mehr, auch wenn Himmler am 6. Februar 1943 das gemischtsprachige Gebiet und hier namentlich erwähnte Gemeinden aus den Bezirken Völkermarkt, Klagenfurt-Land, Villach-Land und Hermagor, zum Siedlungsgebiet erklärte, mit dem Ziel, das Volkstum durch die Ansiedlung bewährter deutscher Menschen zu stärken. Doch aufgrund der sich verschlechternden militärischen Lage wurden diese Pläne nicht mehr realisiert. Es kam noch zu einzelnen Vertreibungen, vor allem 1944 im Rosental, doch die Mehrzahl jener, die nach dem 14. April 1942 deportiert wurde, kam in eines der Konzentrationslager, meist unter dem Verdacht, die Osvobodilna fronta/Befreiungsfront (OF) unterstützt zu haben.

Anton Bergauer ■

NIEMALS VERGESSEN



Lebenswege nach Mauthausen

Christian Angerer, Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, stellt Unterrichtsmaterialien zur Vor- und Nachbereitung eines Gedenkstättenbesuchs vor.



Zeichnung: Walter Fröhlich

Der Steinbruch im KZ Mauthausen mit der „Todesstiege“

Leopold Trauner aus Katsdorf im Mühlviertel hat bereits Jahrzehnte in Steinbruchbetrieben gearbeitet, bevor er im Alter von etwa 55 Jahren Angestellter der SS-Firma Deutsche Erd- und Steinwerke wird. Als Zivilarbeiter leitet er im KZ Gusen Häftlinge bei der Arbeit im Steinbruch an, und wenn ihm Häftlinge zu langsam arbeiten, schlägt er sie. Mehrmals gibt er den Kapos ein Zeichen, damit sie diese Häftlinge umbringen. 1946 wird Trauner deswegen vor ein US-Militärgericht gestellt, zum Tode verurteilt und 1947 hingerichtet – als einziger der vielen Zivilarbeiter in den Steinbrüchen des KZ Mauthausen-Gusen.

Die Biografie Leopold Trauners ist eine von 14 Lebensgeschichten, die Vermittlerinnen und Vermittler der KZ-Gedenkstätte Mauthausen in Kooperation mit [ernennen.at](https://www.ernennen.at/), dem Institut für Holocaust Education im Bildungsministerium, für die Unterrichtsmaterialien „Lebenswege nach Mauthausen“ recherchiert haben. Sie liegen seit Herbst 2021 als Download und in gedruckten Broschüren vor.

Kurze und sprachlich einfach gehaltene Texte erzählen von Menschen, die im KZ Mauthausen inhaftiert waren, im Lager die Verbrechen begingen oder im Umfeld des Lagers lebten. Ein Glossar klärt die wichtigsten Begriffe, ein Zeitstrahl veranschaulicht die Einbettung der Lebensgeschichten in den historischen Kontext. Die Biografien machen verschiedene Opfergruppen und persönliche Handlungsspielräume der Akteureinnen und Akteure sichtbar. Und das Besondere dabei: Absolventinnen und Absolventen sowie der Leiter der Werkstätte Comic der Kunstschule Wien haben die Biografien reichhaltig illustriert, um sie für Jugendliche noch zugänglicher zu machen.

So begegnen die Jugendlichen zum Beispiel den Lebensgeschichten von Margaretha Freinberger, einer Aufseherin über hunderte weibliche Häftlinge im Außenlager Lenzing, von Stanisław Grzesiuk, der als polnischer Häftling im KZ Gusen Zwangsarbeit für

die Rüstungsproduktion leisten muss, von Manuel García Barrodo, der nach dem Bürgerkrieg aus Spanien nach Frankreich flieht, von dort ins KZ Mauthausen-Gusen deportiert wird und später viele Jahre lang die KZ-Gedenkstätte Mauthausen verwaltet, und von Wolfgang Sinai Adler, der im April 1945 den Todesmarsch der Jüdinnen und Juden vom KZ Mauthausen ins Außenlager Gunskirchen überlebt. Unter den Biografien ist auch jene von Richard Dietl. Der junge Welsler wird als Kommunist bereits im austrofaschistischen „Ständestaat“ mehrmals verhaftet. Im Nationalsozialismus schließt er sich einer Widerstandsgruppe an und wird im Herbst 1944, als die Gestapo die „Welsler Gruppe“ aushebt, als politischer Häftling mit 67 Gesinnungsgenossen ins KZ Mauthausen gebracht. Dort quälen die SS-Männer viele seiner Kameraden im Steinbruch zu Tode. Ende April 1945 ist nur mehr die Hälfte der Widerstandskämpfer am Leben – sie sollen auf Befehl des Gauleiters August Eigruber ermordet werden. Ein Fluchtversuch scheitert, nur Richard Dietl gelingt es mithilfe einer List, sich im Sanitätslager zu verstecken. Alle anderen sterben am 28. April 1945, eine Woche vor der Befreiung des Lagers, in der Gaskammer des KZ Mauthausen.

Kostenloser Download der Unterrichtsmaterialien:

<https://lebenswege.mauthausen-memorial.org/> Bestellung der gedruckten Broschüren: education@mauthausen-memorial.org



Zeichnung: Alice Cimador

Marija Hafner und ihre Tochter Marija unterstützen den Partisanenwiderstand gegen die Nationalsozialisten in Jugoslawien. Sie verteilen Flugblätter und beherbergen Partisaninnen und Partisanen. Die Gestapo nimmt sie 1942 in Haft. Am 20. April 1942 werden die Mutter, die Tochter und deren Bruder Franc im KZ Mauthausen erschossen



1946 ist Richard Dietl ein wichtiger Zeuge im Dachauer Prozess gegen Täter im KZ Mauthausen.

Schülerinnen und Schüler ab der 8. Schulstufe können mit den „Lebenswegen nach Mauthausen“ den Gedenkstättenbesuch vor- und nachbereiten. Anhand eines großen Wimmelbildes mit allen Illustrationen wählen sie in Kleingruppen eine Geschichte aus und beschäftigen sich in einer Unterrichtseinheit vor dem Besuch mit der Biografie. Für den Gedenkstättenbesuch nehmen sie einen Auftrag mit. Zur Biografie von Richard Dietl zum Beispiel lautet dieser Auftrag: „Richard Dietl muss im KZ Mauthausen Granitblöcke über die ‚Todesstiege‘ im Steinbruch schleppen. Während deines Rundgangs an der KZ-Gedenkstätte siehst du den Steinbruch und die Umgebung. Einige der Häuser, die du sehen kannst, standen hier schon während der Lagerzeit.“

Überlege:

Wie könnten die Menschen, die in diesen Häusern lebten, auf die Häftlinge im Steinbruch reagiert haben?“

In einer Unterrichtseinheit nach dem Besuch präsentieren die Kleingruppen ihre Biografie dann der ganzen Klasse. In dieser Zusammenschau erfahren somit alle von vielen unterschiedlichen Lebenswegen, die mit dem KZ-System Mauthausen in Verbindung stehen. Der Unterrichtsvorschlag wird in einer kompakten Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer dargestellt.

Einer der tausenden Häftlinge in den Steinbrüchen des KZ Mauthausen-Gusen ist der burgenländische Rom Michael Horvath. Nachdem er als 16-Jähriger in das KZ Dachau eingewiesen worden ist, landet er 1942 im KZ Mauthausen-Gusen. Er übersteht die schwere Zwangsarbeit in den Steinbrüchen, die Misshandlungen durch SS-Wachen und Zivilarbeiter. Nach der Befreiung kehrt Horvath nach Oberwart zurück und erfährt, dass fast alle seine Verwandten in den Vernichtungslagern ermordet worden sind. Er baut sich wieder eine Existenz auf. 1995 werden beim rechtsextremen Rohrbombenattentat von Oberwart zwei seiner Enkelsohne getötet. Michael Horvath stirbt 2004.

Christian Angerer ■

Gen. Werner Drizhal war im schönen Ennstal von der Steiermark kommend nach Großraming in Oberösterreich unterwegs. Einige Kilometer vorher hat er das Ennskraftwerk Schönau passiert. Dort ist er auf die Geschichte einer Gedenkstätte gestoßen, wo auf die Gräueltaten in diesem Nebenlager von Mauthausen hingewiesen wird.

„Es ist geschehen – also kann es wieder geschehen?“

Beim Lesen und Fotografieren werde ich in den Strudel dieser Ereignisse hineingerissen. Unvorstellbar für mich dieses Leid der gequälten Menschen, die als Zwangsarbeiter*innen hier ihr Leben lassen mussten. Oftmals frage ich mich - was hätte ich getan? Hätte ich zugesehen? - schwierig zu beantworten, obwohl ich mich, seit ich politisch denken kann, gegen den Faschismus öffentlich und bei vielen politischen Veranstaltungen klar und eindeutig positioniert habe. Beim Betrachten der Bilder befällt mich heftige Traurigkeit. Mir ist es nicht möglich, distanzieren die Texte und Bilder aufzunehmen. Die Bilder, die ich selbst hier mache, dienen meiner persönlichen Be- und Verarbeitung dieser grausigen geschichtlichen Ereignisse. Sie erinnern mich, dass ich selbst einen Beitrag zur Erinnerung leisten kann. Dieser Artikel ist mein Beitrag, mein Versuch, die Geschichte der Opfer in Erinnerung zu rufen, um daraus zu LERNEN.

Beim Schreiben dieser Zeilen fallen mir die Worte der Überschrift dieses Absatzes ein, die ich bei der Eröffnung der österreichischen Gedenkstätte in Ausschwitz im Oktober gehört habe. Oskar Deutsch hat sie als Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde in seiner Rede zitiert. Was mich wirklich beunruhigt ist die Frage: „Wird es wieder geschehen?“

Ermordung und Ausbeutung durch Zwangsarbeit

Die Häftlinge wurden zu Arbeiten im Rückstaubereich des damals in Bau befindlichen Kraftwerks Großraming, an der Höherlegung

KZ-Gedenkstätte Dipoldsau



Werner Drizhal

der Eisenstraße, in einem Marmorsteinbruch in Großraming sowie am Bau eines Bahnhofs und eines Floßaufzugs eingesetzt. Im Bereich der Angelsbachbrücke bauten die KZ-Häftlinge an einer Stützmauer für die neue Eisenstraße. Hier wurden laut Angaben von Zeitzeugen nach einem Unfall mehrere tote Häftlinge an Ort und Stelle einbetoniert.

„Ich habe sogar einmal gesehen, wie ein SS-Offizier einen KZ-Häftling erschossen hat. Der Gefangene hatte die Quälerei nicht mehr ausgehalten und überschritt die unsichtbare Grenze der Postenkette. Es folgte Geschrei, ein Schuss und der Mann fiel um. Ein Wolfshund der Wachmannschaft stürzte sich sofort auf den leblosen Körper und zerrte daran herum.“

Wer waren Nikola, Djordje, Safra, Dimitrije...?

Am oberen Ende der Gedenkstätte ist ein riesiger Steinblock. Es schließt ein Steinfeld an, das von einzeln stehenden Eisentafeln eingegrenzt wird. Die Steine symbolisieren für mich die gequälten und gekrümmten Körper der Zwangsarbeiter. Die Eisentafeln wie mahnende Wächter. Sie sind das letzte Schutzschild und senden gleichzeitig eindeutige Botschaften wie Zeitzeugen für uns aus. Von Jänner bis Mai 1944 - 22 hier getötete Menschen - verewigt mit Datum und Häftlingsnummer als letzte Nachricht an uns auf einer dieser Tafeln.

Hinter diesen weißen Buchstaben verbergen sich Familienväter, Söhne, Menschen, die uns erinnern, die Geschichte lebendig zu halten.

In einem Kommentar in einer Wiener Wochenzeitung stand sinngemäß der Appell mit der Geschichte würdig und aufmerksam umzugehen. Man muss stets von neuem lernen, auch wenn dies äußerst schwierig ist. Dabei geraten wir in Situationen - Erinnerung muss sein, aber ist angemessene Erinnerung überhaupt möglich?

Ich persönlich stelle mich lieber diesen „Unmöglichkeiten“ und suche Wege der Erinnerung. Die Unvollkommenheit der Worte und Taten ist sicher besser, als die Ereignisse schweigend zu vergessen.

Die Geschichte des Lagers

Denn es kann wieder geschehen. Das KZ-Außenlager Dipoldsau wurde im Juli 1943 gegründet. Es befand sich zwischen Großraming und Weyer im Gemeindegebiet des ehemaligen Weyer-Land. Es umfasste zehn Wohnbaracken und wurde oberhalb des Ufers der Enns errichtet. Die Anzahl der Häftlinge belief sich auf etwa 130. 1944 starben 22 der Inhaftierten, die namentlich bekannt sind. Die tatsächliche Anzahl an Todesopfern dürfte etwa doppelt so groß sein. Am 29. August 1944 wurde das KZ-Außenlager Dipoldsau aufgelöst.

Werner Drizhal ■



Erinnern und Gedenken an 1942

Das Jahr 2022 ist ja ein besonders wichtiges Gedenkjahr, jähren sich doch die meisten Massendeportationen von Jüdinnen und Juden aus Wien zum 80. Mal – Heinrich Himmler wollte das Deutsche Reich „judenfrei“ machen. Zwischen Mai und Oktober 2022 wird der Verein IM-MER 27 IM-MER GeHdenkWEGe durchführen.

Wien Museum



Der Aspernbahn in Wien-Landstraße (1971 geschlossen)

Zwischen **Mai und Oktober 1942** sind aus Wien **27.318** als jüdisch Verfolgte, Jüdinnen und Juden mit Hilfe der Mehrheitsgesellschaft von den Nazis radikal, grausam und endgültig ausgeschlossen worden. Ihrer wollen wir 2022 gedenken, an sie namentlich erinnern, unabhängig ob sie nach **Maly Trostinec, Izbica, Sobibor, Auschwitz** deportiert und dort ermordet oder ob sie nach **Theresienstadt** gebracht worden sind.

Die **27 IM-MER GeHdenkWEGe** werden alle im Freien, immer am Nachmittag und immer in Wien in der Inneren Stadt stattfinden – an den 80. Jahrestagen dieser **27 Massendeportationen** zwischen Mai und Oktober 1942. (Nur im Fall, dass der 80. Jahrestag auf einen Samstag fällt, findet der GeHdenkWEG am Tag darauf statt.). Alle 27 Wege beginnen um 16 Uhr beim Dr. Karl Lueger Denkmal, dem Sinnbild dafür, dass der Antisemitismus nicht erst 1938 aus Berlin nach Wien „exportiert“, sondern lange davor u.a. von Bürgermeister Dr. Karl Lueger zur Maximierung von Wählerstimmen bewusst geschürt worden ist.



Bitte merken Sie schon jetzt die Tage der GeHdenkWEGe vor:

6.5.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.000	am 06.5.1942	nach Maly Trostinec Deportierten
12.5.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.001	am 12.5.1942	nach Izbica Deportierten
15.5.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.008	am 15.5.1942	nach Izbica Deportierten
20.5.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.000	am 20.5.1942	nach Maly Trostinec Deportierten
27.5.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	981	am 27.5.1942	nach Maly Trostinec Deportierten
2.6.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	999	am 2.6.1942	nach Maly Trostinec Deportierten
5.6.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.001	am 5.6.1942	nach Izbica Deportierten
9.6.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.006	am 9.6.1942	nach Maly Trostinec Deportierten
14.6.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	996	am 14.6.1942	nach Sobibor Deportierten
20.6.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.000	am 20.6.1942	nach Theresienstadt Deportierten
28.6.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.000	am 28.6.1942	nach Theresienstadt Deportierten
10.7.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.000	am 10.7.1942	nach Theresienstadt Deportierten
14.7.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.000	am 14.7.1942	nach Theresienstadt Deportierten
17.7.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	995	am 17.7.1942	nach Auschwitz Deportierten
22.7.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.005	am 22.7.1942	nach Theresienstadt Deportierten
28.7.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.000	am 28.7.1942	nach Theresienstadt Deportierten
14.8.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.000	am 13.8.1942	nach Theresienstadt Deportierten
17.8.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.003	am 17.8.1942	nach Maly Trostinec Deportierten
21.8.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.000	am 20.8.1942	nach Theresienstadt Deportierten
28.8.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.000	am 27.8.1942	nach Theresienstadt Deportierten
31.8.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	967	am 31.8.1942	nach Maly Trostinec Deportierten
11.9.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.000	am 10.9.1942	nach Theresienstadt Deportierten
14.9.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	992	am 14.9.1942	nach Maly Trostinec Deportierten
25.9.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.300	am 24.9.1942	nach Theresienstadt Deportierten
2.10.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.299	am 1.10.1942	nach Theresienstadt Deportierten
5.10.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	547	am 5.10.1942	nach Maly Trostinec Deportierten
9.10.2022	IM-MER GeHdenkWEG für die	1.306	am 9.10.1942	nach Theresienstadt Deportierten

Beim Denkmal werden die Namen der vor 80 Jahren Deportierten laut verlesen und weil die Deportationszüge 1942 alle vom (heute nicht mehr existierenden) Aspangbahnhof in Wien-Landstraße abfahren, werden danach die Namenskarten von den Teilnehmenden Richtung 3. Bezirk auf der Stubentorbrücke über den Wien-Fluss hinaus aus Wien-Innere Stadt getragen. Alle Details werden rechtzeitig bekannt gegeben und wir werden für jeden einzelnen GeHdenkWEG E-Mail-Einladungen verschicken.

Einfach durch ein E-Mail an waltraud.barton@IM-MER.at in den Verteiler aufnehmen lassen. Sollten Sie bei einer der geplanten GeHdenkWEGe einer bestimmten Person z.B. einer Ihrer Verwandten gedenken wollen, lassen Sie es uns bitte wissen, damit wir Ihrem Wunsch entsprechen können.

Waltraud Barton ■

GEDENKEN
an die Opfer
der Massen-
deportationen
— 1942 —



SCHLOSS HARTHEIM

Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim, Schlosstraße 1,
4072 Alkoven, Tel. 07274-6536-546, office@schloss-hartheim.at,
www.schloss-hartheim.at

Wert des Lebens. Der Umgang mit den „Unbrauchbaren“

Seit Ende Mai 2021 verfügt der Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim über eine neue Dauerausstellung. Der gesellschaftliche und politische Umgang mit Menschen, die von den Nazis als „unbrauchbar“ definiert wurden, stellt den thematischen roten Faden dar. Wir danken der Gedenkstätte für den folgenden Artikel (Erstabbdruck im „Neuen Mahnruf“ des KZ-Verbands)!

Normierung, Leistung, Effizienz

Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit dem Aufkommen eines neuen, naturwissenschaftlich orientierten Menschenbilds, das auch den Wunsch nach Messbarkeit, Normierung und Verbesserung beinhaltet. Mit der Industriegesellschaft wurden Leistung, Disziplin und Effizienz zu den Prämissen. Menschen, die als „unbrauchbar“ definiert wurden, kamen oftmals in Armenhäuser, Heime oder die großen, „totalen“ Institutionen für psychisch Kranke. Die sich in dieser Zeit international herausbildende Eugenik wollte die Probleme der „Unbrauchbaren“ anders lösen – sie sollten an der Fortpflanzung gehindert werden, u.a. mittels der zwangsweisen Sterilisation. Mit dem Machtantritt der Nazis kam es zu einer radikalen Umsetzung eugenischer und rassistischer Positionen und schließlich zum Massenmord.

Kontinuitäten und Aufbrüche

Ab den 1950ern kam es zu entscheidenden Entwicklungen in den Biowissenschaften, die die Umsetzung alter Träume versprachen. Im Bereich der Betreuung von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen wurde hingegen dort angeknüpft, wo das NS-Regime einen radikalen Schnitt gesetzt hatte – „warm, satt, sauber“ waren nun wieder die Prämissen. Die entstehenden Bewegungen von Menschen mit Behinderungen („Selbstbestimmt Leben“) und psychischen Krankheiten stellten dies ab den 1960ern massiv in Frage. Barrierefreiheit, Selbstbestimmung

und Gleichstellung wurden gefordert. Ab den 1990er Jahren konnten schließlich wichtige Reformen auf den Weg gebracht werden.

Machbarkeit und Optimierung

Der letzte Abschnitt der Ausstellung widmet sich dem Wunsch nach Optimierung und biologisch-technischer Verbesserung. Die Grenze zwischen „Ausgleich von Behinderung“ und „Optimierung des Menschen“ ist jedoch fließend. Des Weiteren werden auch neue Möglichkeiten in der Fortpflanzungsmedizin thematisiert. Durch den Einsatz verschiedenster Techniken soll auch die Drohung des Alters bekämpft werden – bis hin zur Überwindung des Todes durch die Verheißungen des Transhumanismus. Am Ende der Ausstellung wird der allgegenwärtige Trend zur Optimierung des Menschen zur Diskussion gestellt. Gesundheit, Leistungsfähigkeit und „Schönheit“ werden heute scheinbar zur individuellen Pflicht.

Den Abschluss bildet ein Raum, der Gelegenheit zur Reflexion geben soll.

Barrierefreiheit und Vermittlung

Um die kommunikative Barrierefreiheit zu stärken, steht den BesucherInnen eine App für das Smartphone mit Gebärdenvideos, Texten der Ausstellung in Leichter Sprache und in Fremdsprachen (gesprochen und zum Lesen) zur Verfügung. Darüber hinaus bieten Broschüren Informationen in verschiedenen Sprachstufen.

Florian Schwanninger ■



Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim

Gedenktafel für NS-Opfer enthüllt

Justizministerin Alma Zadić enthüllte gemeinsam mit den Vertretern der ARGE der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen Österreichs am 9. September des Vorjahres eine Gedenktafel am Justizpalast (neben dem Haupteingang Schmerlingplatz). Die Tafel erinnert an die während der NS-Zeit dort zum Tode verurteilten und in der Folge im Landesgericht Wien hingerichteten Menschen. Damit wurde ein langjähriger Wunsch der ARGE erfüllt. „Heute gedenken wir gemeinsam all jener mutigen Frauen und Männer, die das nicht hinnehmen wollten, die sich der NS-Tyrannie widersetzt und die dadurch ihre Leben verloren haben.“



Laurice Nasr

v. l. n. r. Winfried Garscha, Gerhard Kastelic, BM Alma Zadić und Gerald Netzl

Auch heute gibt es politische und gesellschaftliche Kräfte, die unsere Gesellschaft anhand ethnischer und religiöser Kriterien spalten wollen. Die das scheinbar Trennende vor das uns alle Verbindende stellen. Diesen Kräften – und diesen Bestrebungen – zu widerstehen ist unsere historische Verantwortung“, so die Ministerin in ihrer Ansprache.

Gerald Netzl ■



Evelyn Regner: Neue Vizepräsidentin des EU-Parlaments

Regner ist die perfekte Wahl als Vizepräsidentin des EU-Parlaments! Engagierte Kämpferin für Gleichberechtigung, die den Dialog in den Vordergrund ihrer Politik stellt.



Mit der Wahl von Evelyn Regner zur Vizepräsidentin ist erstmals eine SPÖ-Abgeordnete Teil des Präsidiums im EU-Parlament. „Das ist ein wichtiges Zeichen und eine großartige Wahl - Evelyn Regner kennt alle Facetten des EU-Parlaments und ist darüber hinaus eine unermüdliche Kämpferin für die Gleichberechtigung in Europa“, freut sich unser Bundesvorstandsmitglied und EU-Abgeordneter Günther Sidl über die Wahl Regners, die ab 1999 das Europabüro des ÖGB in Brüssel leitete und seit 2009 Abgeordnete zum Europäischen Parlament ist.

„Unsere Gesellschaft befindet sich in einer kritischen Phase, weil das miteinander reden und das aufeinander zugehen kontinuierlich in den Hintergrund rückt. Das Europäische Parlament kann und muss in einer solchen Situation zu mehr Gemeinsamkeit beitragen“, so Sidl, der dabei auch auf die persönlichen Stärken Regners zählt: „Evelyn Regner hat in ihrer gesamten politischen Arbeit - insbesondere in ihrem engagierten Einsatz als Arbeitnehmervertreterin - den Dialog und den Konsens in den Vordergrund gestellt. Ich bin mir sicher, dass sie mit ihrem verbindenden Zugang zur Politik zu mehr Solidarität in Europa beitragen wird.“

Günther Sidl ■

Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Das Massaker von Lidice und der „Henker von Prag“ Reinhard Heydrich

Die Ortschaft Lidice liegt in der mittelböhmischen Region, 20 km westlich von Prag. Am 27. Mai 1942 wurde der Leiter des Reichssicherheitshauptamts (RSHA) und stellvertretende Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, SS-Obergruppenführer und General der Polizei Reinhard Heydrich, in Prag bei einem Attentat schwer verletzt und starb am 4. Juni 1942. Zwei tschechische Fallschirmagenten, Jozef Gabčík und Jan Kubiš, hatten einen Auftrag der Londoner Exilregierung ausgeführt.



Deutsches Bundesarchiv

Reinhard Heydrich wurde 1904 geboren. Er trat 1922 in die Reichsmarine unter Admiral Canaris ein. 1931 wurde er entlassen und trat im gleichen Jahr in die NSDAP und die SS ein. Der ehemalige Oberleutnant zur See stieg rasch in der SS auf. Er wurde im Juli 1932 SS-Standartenführer (Oberst) und Chef des Sicherheitsdienstes (SD), am 1. Juli 1934 wurde er SS-Gruppenführer (Generalleutnant). Im Jahr 1939 übernahm er die Leitung des neuen Reichssicherheitshauptamtes, dem Gestapo, Kriminalpolizei und SD unterstanden. Im Juli 1941 beauftragte ihn Hermann Göring, die „Endlösung der Judenfrage“ zu treffen. Heydrich berief am 20. Jänner 1942 die sogenannte „Wannsee-Konferenz“ ein. Die Juden sollten zum „Osteinsatz“ befohlen werden, um dort in den Tod geschickt zu werden. Bereits im September 1941 trat er das Amt eines stellvertretenden Reichsprotektors von Böhmen und Mähren an. Er residierte in Prag, brachte die Unterdrückungsmaschinerie auf volle Touren und ordnete Massenhinrichtungen an.

Lidice

Nach dem Attentat flüchteten Gabčík und Kubiš in die Karl-Borromäus-Kirche (seit 1935 Kirche St. Cyrill und Method)

in Prag und wurden dort von der SS getötet. Heydrich bekam ein Staatsbegräbnis und die Machthaber nahmen furchtbare Rache. Die Nazis vermuteten, dass die Attentäter aus der Ortschaft Lidice stammten, was aber nicht richtig war. Eine SS-Einheit und Wehrmachtsangehörige zerstörten am 21. Juni 1942 Lidice, es wurde dem Erdboden gleichgemacht. Alle 199 (!) Männer, der jüngste 15, der älteste 89, wurden erschossen, sowie auch viele Frauen. Die restlichen Frauen und Kinder wurden in das KZ Ravensbrück gebracht, später im KZ Chelmino vergast; nur wenige kleine Kinder wurden an SS-Familien vergeben, um sie zu „deutschen Kindern“ zu machen. Am 24. Juni wurde ein Ortsteil von Lidice, Ležáky, ebenfalls ein Opfer des Nazi-Terrors. Auch hier wurden alle Männer erschossen, die Frauen und Kinder kamen nach Ravensbrück.

In Prag wurden in den folgenden Wochen 1.331 TschechInnen hingerichtet, darunter 201 Frauen, eine kleinere Anzahl Menschen auch in Brünn getötet. In Berlin verhaftete man 500 Juden, von denen an Heydrichs Todestag 152 hingerichtet wurden. Als Erinnerung gaben viele westliche Länder den Namen „Lidice“ ihren neugegründeten Dörfern.

Josef Fiala ■



Die KPÖ und ihre Weltsicht

von Sylvia Ippavitz

Die Welt hält den Atem an. Russland nimmt sich, was es haben will. Putin ist ein starker Mann. Also: autoritär. Sein Traum von einem großrussischen Reich überblendet die korrupte Wirtschaftsoligarchie in seinem eigenen Land. Die zunehmende Armut. Das desolatte Sozialsystem. Ein starker Mann ist bei seinen Landsleuten besonders stark, wenn er auch bei den „anderen“ stark ist. Aggressiv. Das spürt Georgien, das spürt Kasachstan. Und – immer wieder – die Ukraine. Die soll, so der Hobbyhistoriker Putin, ja überhaupt keine legitimierbare Existenzberechtigung haben. Unter den ethnisch bunten und weniger bunten – Staaten Europas. Es sei denn als willfähiger Trabantenstaat. Von Putins Gnaden.

Alle Versuche des freien, demokratischen Westens, die Krise diplomatisch zu lösen, ließ der russische Gewaltanspruch scheitern. Die militärische Aggression gegenüber einem freien und souveränen europäischen Staat ist seit einigen Wochen furchterregende Wirklichkeit.

Das Völkerrecht, über Jahrhunderte mit Schweiß, Blut und Tränen für den Frieden erworben, die Selbstbestimmung und die Demokratie werden Stück für Stück von der russischen Seite außer Kraft gesetzt. In cold blood. Das sind die Spielregeln von Diktatoren.

Und wie reagiert die Politik in Österreich? Während sich die SPÖ, ÖVP, Grüne und Neos eindeutig von den Kriegstreibern Russlands distanzieren und der Ukraine ihre uneingeschränkte Solidarität versichern, ist das bei der KPÖ ganz anders. Elke Kahr, die neue Bürgermeisterin von Graz, wünscht, dass „beide Seiten ihre Truppen zurückziehen und den Frieden wahren mögen“. Wie bitte?

In der Steiermark ist die KPÖ ein ernstzunehmender politischer Faktor.

In cold blood. Das sind die Spielregeln von Diktatoren.

Das ist ihr zu gönnen. Sie ist demokratisch legitimiert. Ihre Vertreter*innen outen sich allerdings immer wieder als begeisterte Fans autoritärer Regime. Der Landtagsabgeordnete Werner Murgg und die Vizebürgermeisterin von Trofaiach, Gabriele Leitenbauer, unternehmen – während der brutalen Niederwerfung der Demokratiebewegung – eine „Urlaubsreise“ nach Belarus. Dort gibt Murgg, der KPÖ-Klubobmann im steirischen, also in einem europäisch-demokratischen Parlament dem Propagandasender eines staatsterroristischen Regimes ein Interview. Er bewundert die Leistungen des brutal-autoritären und korrupten „Staatsmannes“ Lukaschenko.

Bereits im Jahr 2019 hatten sich die beiden einer „Friedensdelegation“ nach Donezk angeschlossen. Und wen unterstützen sie da? Die prussischen Rebellen. Gemeinsam mit einem spanischen „Antifaschisten“ pflanzt sich der Grazer KPÖ-Gemeinderat und ehemaliger Fraktionsführer des gewerkschaftlichen Linksblocks in der steirischen Arbeiterkammer, Kurt Luttenberger, mit einer „internationalistischen“ Fahne vor dem Grab des Kriegsverbrechers Alexander Sachartchenko auf. Auch einen Kranz – „Ehrfurcht und Respekt“ – soll man niedergelegt haben. Nie wieder Faschismus?

Der Zugang der KPÖ zu Demokratie und Recht macht fassungslos. Es ist der Partei nicht gelungen, ihr - in vielen Punkten noch bolschewistisches – Geschichtsbild in die europäische Friedensordnung mit deren Grundwerten einzuordnen. Das ist ein Problem. Und nicht nur für die Steiermark. Es ist Zeit, Farbe zu bekennen. Das gilt für die KPÖ. Das gilt für die gesamte demokratische Republik.



Sylvia Ippavitz ist Historikerin, Gender Scientist und Betriebsratsvorsitzende in einem großen steirischen Bildungsinstitut.

Schwerer Verlust

Am 17. Jänner 2022 ist unser Genosse Kurt Cizek verstorben. Kurt war ein engagierter Funktionär und lieber Freund. Kurt war die Ruhe und Besonnenheit in Person – und trotzdem, oder gerade deswegen war er ein leidenschaftlicher Antifaschist. Viele Jahre war er der **Bezirksgruppe Brigittenau** ein aktiver Vorsitzender, Mitglied des Wiener Landesvorstands und zuletzt Rechnungsprüfer der Bundesorganisation. 2009 wurde ihm für sein Engagement die **Otto-Bauer-Plakette** verliehen. Politisch geprägt wurde Kurt schon als Kind, weil er erfuhr, dass sein jüdischer Vater in Auschwitz vergast wurde. Als Bezirksvorsitzender setzte er eine Vielzahl von Gedenkaktivitäten, oft gemeinsam mit der Bezirkspartei. Wir werden in seinem Sinn weiterkämpfen.

Ein letztes Freundschaft ■



Fotocredits: privat



GEDÄCHTNISORT DER REPUBLIK

Eine Buchbesprechung von Gerald Netzl

Das Äußere Burgtor an der Wiener Ringstraße kennt man als StraßenbahnfahrerIn, RadlerIn, FußgängerIn oder sogar als AutofahrerIn. 2021 erschien eine sehr umfassende Dokumentation der Baugeschichte des Äußeren Burgtors wie auch seiner politischen Geschichte.

Das Äußere Burgtor wurde in der Zeit nach dem Wiener Kongress im Rahmen der sogenannten kleineren Stadterweiterung als Teil der Stadtmauer und zugleich als Eingang zum Areal der Hofburg gebaut. Mit der Schleifung der Stadtmauer und dem Bau der Ringstraße in den 1850er/1860er-Jahren verlor das Heldentor seine ursprüngliche Funktion, beinahe wäre es der Schaffung eines „Kaiserforums“ zum Opfer gefallen. Typisch österreichisch geschah dann über Jahrzehnte nichts.

In der Ersten Republik wollte die Rechte dort ein „Heldendenkmal“ für die „gefallenen Helden des Weltkriegs“ schaffen. Das ließ das Rote Wien nicht zu. (Tipp für historisch Interessierte: Besuche das Denkmal der Stadt Wien für die Opfer des Ersten Weltkriegs in der Gruppe 91 des Wiener Zentralfriedhofs!). Schließlich gelang es erst nach der Niederwerfung der Sozialdemokratie im Februar 1934 der reaktionären Vereinigung zur Errichtung eines österreichischen Heldendenkmals - unterstützt von Heeres- und Finanzministerium - die erforderlichen Mittel aufzutreiben. Die äußere Form des Gebäudes blieb unangetastet: eine atriumförmige Ehrenhalle (ohne Dach) im Obergeschoß, monumentale Treppen als Aufstieg sowie mit der Krypta eine Art sakraler Raum im Erdgeschoß des rechten (nördlichen) Flügels. Der Bildhauer Wilhelm Frass schuf die Figur des Toten Kriegers in der Krypta sowie Soldatenköpfe für die Stiegenaufgänge. Heimlich hinterlegte er eine handgeschriebene Nazi-Botschaft unter die Figur des Toten Kriegers. Als am 18. Juli 2012 die Statue gehoben wurde, fand man tatsächlich dieses von nationalsozialistischem Gedankengut geprägte Schreiben, aber unerwarteter Weise auch eine Art Gegentext, eine pazifistische Botschaft von Frass' Assistenten Alfons Riedel. Am 9. September 1934 fand die „Weihe“ des Heldendenkmals statt, u.a.



Heidemarie Uhl u. a.:
Gedächtnisort der Republik, Böhlau,
Wien 2021,

ISBN 978-3-205-20905-8,
464 Seiten,
€ 67,00

mit Bundespräsident Miklas, Bundeskanzler Schuschnigg und Kardinal Innitzer – aus Sicht Anna Stuhlpfarrers ein „großangelegter Akt der Selbstpräsentation, mit dem das austrofaschistische System legitimiert werden“ sollte (S. 211). Von 1938-1945 führten die Nazis das Gedenken weiter.

In den Jahren nach dem Ende der Besatzungszeit 1955 wurde die Krypta auch Gedenkort für die Gefallenen der Wehrmacht: Die Jahreszahlen 1939 und 1945 wurden in der Apsis der Krypta angebracht und Totenbücher mit den Namen der Gefallenen des Zweiten Weltkriegs aufgelegt. Erst 1965 wurde der links (südlich) gelegene bisherige Kultraum für nichtkatholische Bekenntnisse in einen „Weiheraum für die Opfer im Kampf für Österreichs Freiheit“ umgewandelt. Damit war für die nächsten zwei, drei Jahrzehnte in der offiziellen politischen Gedenkkultur ein gewisses Gleichgewicht hergestellt. Der Weiheraum fristete allerdings ein wenig beachtetes Dasein, war nicht sehr attraktiv gestaltet und im Gegensatz zur Krypta für die Bevölkerung gewöhnlich nicht zugänglich.

Erst ab 2002 erlangte das Heldendenkmal wieder größere öffentliche Aufmerksamkeit, als die jährlichen Proteste gegen das Totengedenken deutschnationaler schlagender Burschenschaften am 8. Mai, dem Tag der Kapitulation NS-Deutschlands, in der Krypta begannen.



Verlag Paul Zsolnay

Auch das staatlich-militärische Gedenken in der Krypta sah sich zunehmender Kritik ausgesetzt.

Das trug zum Entschluss bei, das Heldendenkmal umzugestalten und auch in die damit verbundene Kultur des Gedenkens einzugreifen: Die Totenbücher des Ersten und Zweiten Weltkriegs wurden 2012 auf Initiative von Verteidigungsminister Norbert Darabos aus der Krypta entfernt und anlässlich der Hebung der Figur des Toten Kriegers die beiden verborgenen Botschaften entdeckt. Die traditionelle Kranzniederlegung am Nationalfeiertag fand in der Folge nicht mehr in der Krypta, sondern vor der Gedenktafel des Bundesheeres statt. Seit 2013 gibt es am 8. Mai eine Mahnwache des Bundesheeres für die Opfer des Nationalsozialismus vor der Krypta, und am Heldenplatz wird vom MKÖ das Fest der Freude veranstaltet, für Burschenschafter ist zum Glück kein Platz mehr. 2015 wurde der Altar der Krypta profaniert. Am 26. Oktober legen die NS-Opferverbände mit dem Verteidigungsminister(in) im Weiheraum Kränze nieder. Aktuell sieht die Militärhistorische Denkmalkommission zwei vordringliche Maßnahmen für die Zukunft des Areals: die Umgestaltung des Weiheraums und die Errichtung eines (zentralen) staatlichen Ehrenmals auf dem Heldenplatz. Das reich bebilderte Buch ist sowohl stadtgeschichtlich als auch zeitgeschichtlich sehr interessant.



NEUES ZUM AUSTROFASCHISMUS: Carlo Moos (Hg.) – (K)EIN AUSTROFASCHISMUS Studien zum Herrschaftssystem 1933-1938 –

Eine Rezension von Werner Anzenberger

Es ist immer gut, wenn man die eigene Nabelschau bereichert. Der Schweizer Carlo Moos, emeritierter Professor an der Universität Zürich, hat sich aufgemacht, mit seinen Kolleg*innen der österreichischen Zeitgeschichte die – seit Jahrzehnten schwelenden – Austrofaschismus-Debatten zusammenzuführen und neu zu bewerten. Moos ist für diese Aufgabe geradezu prädestiniert, gilt er doch als exzellenter Kenner der Mussolini-Diktatur, des Role-Models der an sie angelehnten faschistischen Systeme.

Die Autor*innen dieser Wegweisenden Publikation haben sich bereits zuvor in der Erforschung der Ersten – demokratischen – Republik Österreich und ihres unrühmlichen Endes 1933/34 besonders hervorgetan. Die Palette reicht von Kurt Bauer, dem wohl eifrigsten Apologeten der österreichischen Diktatur und seines ersten Führers Engelbert Dollfuß, bis zu Emmerich Tálos. Dieser hat bekanntlich in seinem bislang umfassendsten Werk zum „austrofaschistischen Herrschaftssystem 1933 – 1938“ die Qualifikation der österreichischen Diktatur als *Faschismus* besonders nachdrücklich eingemahnt.

Die Ergebnisse dieser teils kontroversiellen, in den Hauptpunkten aber bemerkenswert konvergierenden Ergebnisse fasst Moos in seinem ausgesprochen gelungenen Schlusswort zusammen:

Das Dollfuß/Schuschnigg Regime könne „tout court und prima vista“ nicht als faschistisch bezeichnet werden. Dazu weiche es nicht nur zu sehr vom nationalsozialistischen System ab, es habe auch in vielem nicht dem italienischen Faschismus entsprochen.

Gleichzeitig vertritt Moos aber die Auffassung, dass Florian Wenningers Begriff *Kleinstaatfaschismus* – in Anlehnung an Aristotle Kallis – bestens zutrifft. Bei einer solchen Zuordnung findet sich die österreichische Diktatur wieder in einer gemeinsamen Kategorie mit den autoritären Diktaturen in Portugal, Ungarn, Griechenland und anderen europäischen Staaten. Diese Qualifikation erledige auch den – vielfach vorgebrachten – Ein-

Taschenbuch
Erscheinungsdatum 29.10.2021
Herausgeber Carlo Moos
Verlag LIT Verlag

Seitenzahl: 524
Gewicht: 840 g
Sprache: Deutsch

ISBN 978-3-643-51074-7

wand gegen den Begriff *Austrofaschismus*: Der österreichischen Diktatur habe der für den Faschismus typische außenpolitische Spielraum, verbunden mit expansiven Aspirationen, gefehlt.

Der Bezeichnung Austrofaschismus, so Moos zutreffend, steht auch nicht entgegen, dass Ilse Reiter-Zatloukal das Recht in der österreichischen Diktatur als nicht so weit erodiert erachtet, dass man von einem *Unrechtsstaat* sprechen könne. Vielmehr handle es sich um einen „Polizeistaat“ oder einen „Nicht-Rechtsstaat“. Das ist nur konsequent: schließlich hat der deutsche Bundesstaatsanwalt der unmittelbaren Nachkriegszeit und Rechtstheoretiker, Fritz Bauer, das Prädikat „Unrechtsstaat“ ausschließlich totalitären Diktaturen – explizit Nationalsozialismus und Stalinismus – vorbehalten.

Und hier sind wir bei der – meines Erachtens einzigen wesentlichen – Schwäche dieser so hervorragenden Kompilation: Vielfach wird offenbar davon ausgegangen, dass sich Faschismus nur in totalitären, nicht aber in autoritären Diktaturen verwirklichen könne. Das halte ich für einen eklatanten Irrtum: Wäre dies so, könnte man nicht einmal das Role-



Verlag Paul Zsolnay

Model unter Mussolini in den ersten ein- einhalb Jahrzehnten wissenschaftlich als „Faschismus“ bezeichnen.

Unter diesen Prämissen gelangt Moos insgesamt – und völlig nachvollziehbar – zur Auffassung, dass die Bezeichnung *Austrofaschismus* jedenfalls zutreffend und legitim sei. „Schon allein die Vorsilbe ‚Austro‘“ markiere „das österreichische Spezifikum sehr gut“. (499)

Für Moos ist die Begrifflichkeit in der Frage *Austrofaschismus* und/oder *Diktatur* – wie für mich im Übrigen – keine Fahnenfrage. Neben Austrofaschismus sind Bezeichnungen wie *Regierungsdiktatur* oder *Kanzlerdiktatur* durchaus legitim.

Was aber die Ergebnisse dieser empfehlenswerten Publikation auch klarmachen: Die euphemistische Selbstbezeichnung des Regimes als „*Ständestaat*“ sollte in Wissenschaft und Medien möglichst vermieden werden. Das politische System 1933-1938 war kein Zwitterwesen zwischen Demokratie und autoritärer Herrschaft, sondern eine völlig ausgebildete, beachtlich repressive und vielfach auch verstörend menschenverachtende Diktatur.

Das Auschwitz der Kroaten



Im „Kämpfer 4/2021“ erschien ein Beitrag von Gerald Netzl über das KZ Jasenovac, anlässlich eines Besuches der Gedenkstätte. Dazu muss auf ein Buch von Vladimir Dedijer 1988, herausgegeben in Freiburg/BRD, hingewiesen werden. Dieses bedeutende Werk war weder in einem österreichischen Verlag noch in einer Buchhandlung zu bestellen oder zu kaufen! Der Grund für das Verschweigen der Ereignisse im faschistischen Kroatien von 1941-1945 und dem kroatischen KZ, im Unterschied zu Auschwitz, welches in keinem Schulgeschichtsbuch außerhalb Exjugoslawiens Erwähnung fand, wird sofort klar, wenn man die damalige Komplizenschaft der Ustaša kennt. Was nämlich verschwiegen werden sollte, war die führende Rolle der katholischen Kirche bei den nicht nur in Jasenovac, sondern in ganz Jugoslawien betriebenen Metzeleien, denen insgesamt über 800.000 Menschen zum Opfer gefallen sind.

Der Autor Professor Vladimir Dedijer (1914-1990), arbeitete nach seinem Studium als Auslandskorrespondent, trat 1938 der KP bei und wurde rasch zu einem engen Mitarbeiter und Freund Titos. Er war im Obersten Hauptquartier der Titopartisanenarmee tätig.

Nach dem Krieg gehörte er zu den prominenten Führern des sozialistischen Jugoslawiens, das er 1946 bei der Pariser Friedenskonferenz vertrat. Höchste Staats- und Parteiämter folgten. 1953 nahm er einen Ruf auf einen Lehrstuhl für Neuere Geschichte der Universität Belgrad an. Im Zuge der Auseinandersetzungen um Milovan Djilas (1954/55), wurde Dedijer aus der Partei ausgeschlossen. Es folgten umfangreiche, wissenschaftliche Studien und Lehrtätigkeiten in u. a. Oxford und der Harvard University. 1964 kam es zur Versöhnung mit Tito.

Zum Inhalt des Werkes:

- Der Balkan als Bollwerk gegen die Orthodoxie (Bündnis von Papst Pius XII mit Ante Pavelić und seinem Ustašatum)
- Massaker unter Andersgläubigen im „Reich Gottes“ (Ustašastaat, Staat des Katholizismus, Beteiligung vatikanischer Seelsorger an den Massenmorden an Serben)
- Das Todeslager Jasenovac und die Haltung des Papstes zu den Massakern
- Die Treue des Papstes zu den Ustašen – auch nach dem Zusammenbruch Kroatiens (Erzbischof Stepanec verwaltet die Beute der Ustaša. Protokolle, Aussagen aus verschiedenen Gerichtsverhandlungen – bis in die 1980er, Fluchthilfe Geheimdokumente)



Vladimir Dedijer:
**Jasenovac - das jugoslawische
 Auschwitz und der Vatikan**

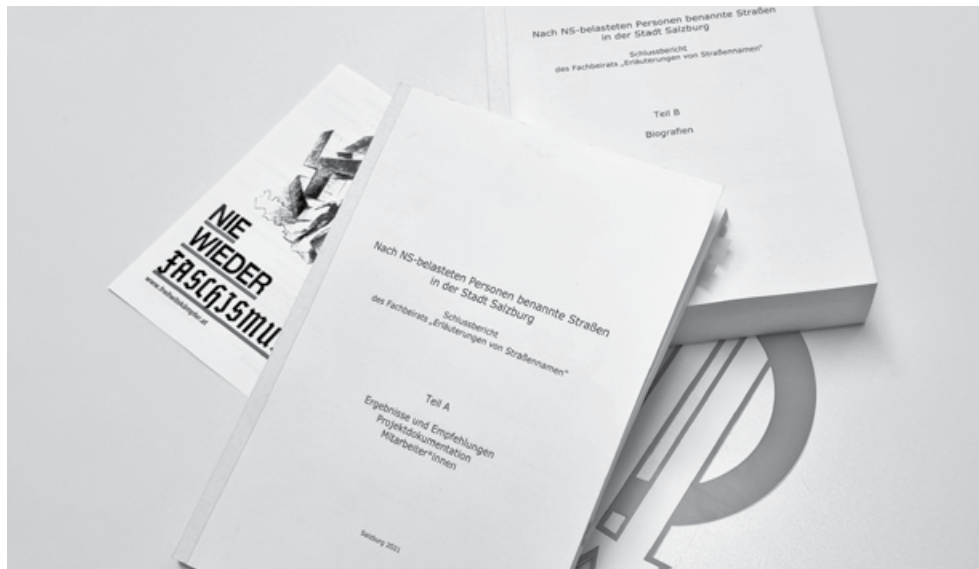
**272 Seiten,
 nur mehr gebraucht
 erhältlich**

Die Intensität des Buches, ist vor allem auch durch die zahlreichen Faksimiles der Dokumente und Fotos, welche das schreckliche Ausmaß der Morde zeigen, gegeben. Fast unglaublich z.B. die Zeugnisaussagen über die Zwangsbekehrungen der Serben. Pavelic wurde gestürzt, die Ustaša zerschlagen(?) und die Schuldigen teilweise verurteilt. Erzbischof Stepinac musste nicht fliehen. Er kollaborierte weiter mit der Untergrund-Ustaša – ja er forderte öffentlich den Einsatz der Atombombe gegen Belgrad. 1946 wurde er verhaftet und zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, aber nach 5 Jahren freigelassen. Der Vatikan verlieh ihm Kardinals purpur.

Gerhard Taschler ■



Matteo Gebhart



NS-Straßennamen umbenennen, jetzt!

Vor nunmehr über dreizehn Jahren wurde das Thema angestimmt und nach fundierter Recherche gibt es ein Ergebnis, besser spät als nie. Hier in der Stadt Salzburg ist es eine vorbildliche Aufarbeitung, im Vergleich zu anderen Städten Europas, bei diesem Thema brauchen wir uns nicht mehr verstecken.

Nun liegt es an der Stadtpolitik Verantwortung zu übernehmen und an den 40 GemeinderätInnen Gesicht zu zeigen. Hier darf es nicht um Ideologien oder Emotionen gehen, sondern in einer aufgeklärten Gesellschaft muss der Wissenschaft der erste Platz zugesprochen werden.

Kein Diskurs mit und durch die ÖVP möglich

Leider war es zu erwarten, dass sich einzelne Fraktionen wieder sperren, weil zu viel oder zu wenig radikal umbenannt werden könnte. Politische Verantwortung zu übernehmen für unser aller Vergangenheit scheint schwierig zu sein. Ein „autokratisches“ Vorpreschen mit einer betonierten Meinung ist unserer Zweiten Republik nicht würdig, denn nach der NS-Zeit haben wir gelernt uns gemeinsam an den Tisch zu setzen und einen Konsens oder Kompromiss im Diskurs zu finden. Hier verhärten sich nun die Werte und die Geringschätzung von Bürgermeister Preuner (ÖVP) mit seinem strikten Nein, gegenüber einer 13 Jahre langen wissenschaftlichen Aufarbeitung des Historikerbeirates, nachdem dieser es nicht einmal der Mühe wert fand bei der Pressekonferenz des Beirates dabei zu sein und sich der geschichtlichen Verantwortung zu stellen. Die Ehrerbietung dem Thema und dem wissenschaftlichen Beirat gegenüber wird leider nicht Rechnung getragen. Unklar ist in dieser kurzen Zeit von einigen Tagen den 1.100 Seiten starken Bericht wirklich studiert zu haben, hier wurde maximal nach den Schlagwörtern wie ÖVP, CS/CSP, Heimwehr, Landbund, VF, FPÖ und VdU gesucht.

Demokratie funktioniert anders

Einen geltenden Gemeinderatsbeschluss einfach zu ignorieren und gerade einmal bei vier der stark NS-belasteten Straßennamen Ergänzungstafeln anzubringen zeugt nicht vom Demokratieverständnis durch den Bürgermeister. Wenn dann auch ein weiterer „Historiker“ durch den Bürgermeister eingesetzt wird, um einen Gefälligkeitsbericht in dessen Sinne abzugeben, ist jeglicher Respekt gegenüber dem wissenschaftlichen Beirat und der Demokratie abhandengekommen. Geschichtliche Verantwortung und das Verständnis dazu kennt der Stadtbürgermeister und die ÖVP aber wohl nicht, das ist wirklich beschämend für das 21. Jahrhun-

dert. Offensichtlich ist hier ein hochproblematischer Zugang zur Demokratie und zum rechten Rand.

Die dreizehn stark belasteten Straßennamen sind eindeutig und es gibt auch schon dreizehn Namen, welche seit 2013 zum Benennen von Verkehrsflächen reserviert sind, hier kann sofort Flagge gezeigt werden. Wir als Sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen stehen für die gesellschaftliche Verantwortung ein und sind bei den dreizehn Namen vollkommen beim wissenschaftlichen Beirat. Wir wünschen uns eine nüchterne und methodisch aufgebaute Abhandlung dieses Themas durch unsere gewählten GemeinderätInnen für unsere nachkommenden Generationen. Weiters sind Straßenumbenennungen keinesfalls ein Auslöschen der Namen und der Geschichte, dies haben die Nazis versucht und praktiziert, sondern es ist eine kritische Aufarbeitung.

Die FPÖ redet Völkermord klein

Einfach pietätlos und fehl am Platze kann man die Aussage von Gemeinderat Andreas Reindl (FPÖ) in der Gemeinderatssitzung vom 22. September 2021 zum Thema NS-belastete Straßennamen bezeichnen. Die Relativierung von Taten während des NS-Regimes mit der Phrase „... egal ob diese Persönlichkeiten Gutes, Schlechtes wie wir alle vermutlich einmal in unserem Leben getan haben...“ entbehrt jeglichem Mitgefühl zu den Opfern dieser Zeit. Völkermord passiert nicht einfach nebenbei. Jegliches Verbrechen, welches von Opportunisten mitgetragen wird, ist auch zu verurteilen. Diese Persönlichkeiten haben somit auch Blut an ihren Händen. Die FPÖ versucht mit stetem Tropfen die Täter des NS-Regimes wieder salonfähig zu machen.

Falsches Spiel von NEOS

Bedenklich ist auch das Verhalten von NEOS. Auf Landesebene haben sie im ganzen Land Gedenktafeln durchgesetzt, allen voran der zweite Landtagspräsident Sebastian Huber (NEOS), in der Stadt Salzburg beteiligen sie sich daran, die historische Verantwortung zu ignorieren und schicken den allzu jungen Gemeinderat Lukas Rößlhuber mit bedenklichen Argumenten vor, um politisches Kleingeld zu schlagen.

Allein gegen den Faschismus?

Einmal mehr beweist nur die SPÖ mit vielen Vorschlägen und der immerwährenden Gesprächsbereitschaft die einzig wirkliche Partei mit Geschichtsverantwortung zu sein. Angriffe von allen Seiten des politischen Spektrums zum Trotz tritt die Partei als einzige seit fast 90 Jahren aktiv gegen Faschismus auf.

Matteo Gebhart ■



Auszeichnungen für Kurt Wegscheidler

Am 28. Jänner erhielt Genosse Dr. Kurt Wegscheidler gleich drei Auszeichnungen. Zum ersten Mal erhielt jemand gleichzeitig unsere Otto-Bauer-Plakette, die Ludwig-Steiner-Medaille der ÖVP-Kameradschaft sowie eine Ehrenmitgliedschaft des KZ-Verbands.

Kurt Wegscheidler ist langjähriges Mitglied unseres Bundes (seit 1987). Als Leiter der Abteilung IV/B/5 (Sozialentschädigung) im BM für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, zu der auch die Opferfürsorge gehört, hat er sich immer für die Opfer und deren Angehörige eingesetzt. Er setzte sich dafür ein, dass jene, die so viel für ein demokratisches Österreich geopfert haben und aus politischen Gründen verfolgt wurden, unterstützt werden und ihr Lebensunterhalt gesichert wird, dass sie nicht allein gelassen werden, sie eine staatliche Anerkennung und damit auch eine Anerkennung ihrer Zivilcourage erhalten. Kurt Wegscheidler war oft Gast bei unseren Bundeskonferenzen und zuletzt Festredner bei der 70 Jahr-Feier unseres Bundes im März 2019. Wir kennen und schätzen ihn als zuverlässigen Antifaschisten und Freund. Die Redaktion gratuliert herzlich.

Gerald Netzl ■



FreiheitskämpferInnen

v. l. n. r.: Friedl Garscha (KZ-Verb.), Gerhard Kastelic (ÖVP-Kam.), Gerald Netzl, Kurt Wegscheidler, Gerhard Haberbauer (Sozialmin.), Norbert Kastelic (ÖVP-Kam.), Kurt Heinrich (FK)

Seine Dankesworte,
die wir sehr gerne im
„Kämpfer“ abdrucken,
richtete er an alle drei NS-
Opferverbände.

„Lieber Winfried! Lieber Gerald!
Sehr geehrter Herr Dr. Kastelic! Liebe Freunde!

Ich danke Ihnen für Ihre Laudatio und die heutige Ehrung und bin mir der außergewöhnlichen Umstände, unter denen sie stattfindet, bewusst: Nicht nur, dass es gelungen ist, sie trotz der pandemischen Rahmenbedingungen zu organisieren, es ist auch das erste Mal, dass die Opferverbände gemeinsam einen Einzelnen ehren! Ich weiß dies sehr zu schätzen und danke Ihnen dafür ganz besonders!

Es ist ja kein Geheimnis, dass ich immer stolz darauf war, in der Opferfürsorge zu arbeiten. Am Ende meiner Berufslaufbahn waren es 40 der beinahe 45 Jahre, die ich insgesamt für das Sozialministerium tätig war. 33 Jahre war ich ihr Leiter.

Ich habe es immer mit Stolz und als besonderes Glück gesehen, mit Menschen zusammenarbeiten zu können, die selbst im Widerstand aktiv waren oder verfolgt wurden oder die Interessen der Verfolgten wahrgenommen haben und wahrnehmen. Ich möchte einige stellvertretend für die vielen nennen: Für die ÖVP-Kameradschaft: Hubert Jurasek, Josef Windisch, Alois Kermer. Für die FreiheitskämpferInnen: Rosa Jochmann, Rudolfine Muhr und Alfred Ströer. Und für den KZ-Verband: Friederike Krenn, Berta Regner und – allen voran – Ludwig Soswinski!

Der erste der 17 SozialministerInnen und 4 StaatssekretärInnen, die ich erlebt habe, war noch Rudolf Häuser, gleichzeitig der letzte einer Reihe, die noch selbst politisch Verfolgte waren. Auf ihn, seine Vorgänger, insbesondere Karl Maisel und Anton Proksch und die Verbindung des Hauses mit dem Stauffenberg-Attentat, mit Carl Szokoll, Karl Biedermann, Alfred Huth und Rudolf Raschke hinzuweisen, auch in meinen Artikeln für unsere MitarbeiterInnen-Zeitung, bin ich nicht müde geworden. Ebenso auf die WiderstandskämpferInnen und Verfolgten unter den Beamten des Hauses, von denen zwei (Hans Dietl, der aus Abstammungsgründen verfolgt wurde, und Max Wiedner, ein Angehöriger eines Österreichischen Freiheitsbataillons) noch meine Vorgesetzten waren. Das Gefühl, dort arbeiten zu können, wo sie alle gearbeitet haben, habe ich immer als zusätzlich innerlich erhebend empfunden.

Am Ende meiner Berufslaufbahn habe ich Bilanz gezogen. Diese hat gezeigt, dass ich seit dem Beginn meiner Leitungstätigkeit 1988 über 150 Gesetzesnovellen/Gesetze und über 90 Verordnungen maßgeblich gestaltet habe, davon über 40 Novellen/Gesetze und über dreißig Verordnungen im Bereich Opferfürsorge, die wesentliche Verbesserungen für die Opfer erbrachten. Darüber hinaus war ich sicher für einige hundert OF-Berufungsentscheidungen verantwortlich.

Ich habe dies nicht alleine gemacht: Ich hatte dabei die besten Kolleginnen und Kollegen! Der für sie wichtigste, ist ja auch heute gekommen: Es ist dies Gerhard Haberbauer, mit dem mich viele Jahre gemeinsamer Bemühungen verbinden! Wenn Sie mich heute ehren, dann ist es auch eine Ehrung für diese KollegInnen, die ich auch stellvertretend für sie entgegennehme. Ich danke Ihnen auch besonders, dass mir die Ludwig-Steiner-Medaille und die Otto-Bauer-Plakette überreicht werden: Ludwig Steiner habe ich ja noch persönlich gut gekannt und ihn als väterlichen Freund erlebt. Und mit den Schriften von Otto Bauer habe ich mich immer wieder schon seit meiner Gymnasialzeit beschäftigt.

Nehmen Sie bitte meine besten Wünsche für die Zukunft entgegen! Ich wünsche den Opferorganisationen, ihrer Zusammenarbeit und ihrer Bündnispolitik den allerbesten Erfolg und werde Ihnen immer verbunden bleiben!“



Herta und Albin Slabina – ein Leben für die Sozialdemokratie

Herta und Albin Slabina feierten im Vorjahr ihren 70. Hochzeitstag, Hertas 90. und Albins 95. Geburtstag. Diese besonderen Jubiläen seien Anlass, auf ein jahrzehntelanges Wirken innerhalb der SPÖ zu blicken.

Herta Slabina war im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung tätig, als sie in der 13. Wahlperiode Hans Ludwig im Wiener Gemeinderat und Landtag ablöste. In den nachfolgenden Perioden vertrat sie in dieser Funktion den 10. Wiener Gemeindebezirk, war später fünfte Vorsitzende und bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 1991 zweite Vorsitzende des Wiener Gemeinderates.

Neben ihrer Tätigkeit im Bundesministerium und der Ausübung ihres Mandates engagierte sie sich gemeinsam mit ihrem Ehemann Albin in der Sektion 26 des 10. Wiener Gemeindebezirks. Vorerst als Mitglied und nach Menachem Bargils Ableben, als Vorsitzende. Am Beginn war es eine sehr herausfordernde Tätigkeit, da sich in dieser Sektion Mitglieder aus verschiedensten Nationen vereinten. Begonnen hatte die Sektionsarbeit in kleinen Räumlichkeiten, in denen sie ihren Mitgliedern ein zweites Zuhause bieten konnten. Später war es möglich, die Sektion in großzügige Räumlichkeiten im Gemeindebau am Hebbel-Platz unterzubringen, so dass Albin die Möglichkeit hatte, einen Tanzclub zu gründen. Er leitete ihn bis zu seinem 80. Lebensjahr.

Herta konnte sich nach ihrem Pensionsantritt auch neuen Aufgaben zuwenden. Neben ihrer Tätigkeit als Sektionsleiterin unterstützte sie die Bezirksgruppe Favoriten und die Bundesorganisation des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. Nachdem der überaus geschätzte Bundesfinanzreferent, Hans Kancz, 1998 im Alter von 70 Jahren viel zu früh verstarb, übernahm Herta dessen Funktion.

Bundesvorsitzender Alfred Ströer und Johann Kancz hatten mit Unterstützung des Bundessekretariats die Digitalisierung der Mitgliederverwaltung und der Buchhaltung



Stadt Wien-PIID, Führner

Die Slabinas mit Bgm. Michael Ludwig

eingeleitet, so dass Herta Slabina die von der Bundeskontrolle geprüfte, perfekt geführte Finanzgebarung ohne Unterbrechung fortsetzen konnte.

Der Internetauftritt www.freiheitskaempfer.at war das nächste erfolgreiche Projekt der Bundesorganisation, das von Herta Slabina, den Länderorganisationen und vor allem auch von den nachfolgenden Generationen unterstützt wurde. Bei jeder Bundeshauptversammlung konnte Herta Slabina einen positiven Finanz- und Gebarungsbericht bekannt geben. Prüfer aus Wien und den Bundesländern attestierten Herta Slabina, dem Bundesvorstand und dem Bundessekretariat gut überprüfbar, korrekte Verwaltung und exakte Erledigung der anfallenden Aufgaben. Dies wurde stets mit der Entlastung des Bundesvorstandes und dem Auftrag zur Weiterführung der Aufgaben gewürdigt.

Unter großem Bedauern der Mitglieder gab Bundesvorsitzender Alfred Ströer 2007 im Alter von 87 Jahren Rahmen der ordentlichen Bundeshauptversammlung bekannt, die Verantwortung für

den Bund in die Hände des Wiener Vorsitzenden, Ing. Ernst Nedwed, zu legen. Die Sekretärin Edith Krisch, Geburtsjahrgang 1941, plante ebenso in den Ruhestand zu wechseln.

Bei dieser Bundeshauptversammlung wurden, gemeinsam mit weiteren Genossinnen und Genossen, Bundesfinanzreferentin Herta Slabina, Sekretärin Edith Krisch und Chefredakteur Manfred Scheuch für ihr besonderes Engagement die höchste Auszeichnung des Bundes die Otto-Bauer-Plakette verliehen. Edith Krisch erkrankte kurz vor ihrem geplanten Pensionsantritt, sodass Herta Slabina am 28.2.2008 die wichtigen Büroschlüssel und die Büro- und Schatzmeisterunterlagen überraschend in Obhut nehmen musste. Im Bundessekretariat verblieben Alfred Ströers treues Alter Ego, Hilde Oberbichler, Herta Slabina und der neue Bundesvorsitzende zurück. Die plötzlichen Änderungen stellten Herta vor neue Aufgaben. Letztendlich war die gute Verwaltung eine ausgezeichnete Basis für die Übergabe an die neue Führungsriege. Eine Ära war zu Ende gegangen.

Bei der Erfüllung ihrer politischen Aufgaben konnte Herta auf die liebevolle Unterstützung ihres Ehemannes Albin zählen. Albin wurde ebenso mit der Otto-Bauer-Plakette geehrt. Herta, Albin und Tochter Magdalena engagierten sich noch lange, gemeinsam mit Elfi Werner, für ihre Bezirksgruppe der Freiheitskämpfer, der sie heute noch verbunden sind.

Anlässlich der drei Jubiläen lud Tochter Magdalena Familie, Weggefährten und FreundInnen für den 25. September 2021 zu einem wunderbaren Gartenfest. Der Wettergott tat ein Übriges.

Zur besonderen Freude der Jubilare fand Wiens Bürgermeister Michael Ludwig Zeit, Herta und Albin Slabina anlässlich dieses ungewöhnlichen Anlasses einen Besuch abzustatten. Michael Ludwig gratulierte dem Ehepaar Slabina zu deren besonderen Jubiläen und nützte die Gelegenheit, deren jahrelange Tätigkeit für die Sozialdemokratie Revue passieren zu lassen und ihnen für ihr besonderes Engagement zu danken.

Edith Krisch ■

Paul Watzlawick (1921-2007)

Anlässlich des 15. Todestags des international anerkannten Philosophen, Psychotherapeuten, Kommunikationswissenschaftlers und Autors Paul Watzlawick am 31. März (geb. am 25. Juli 1921 in Villach) erinnert Gen. Rudolf O. Zucha an diese bedeutende Persönlichkeit, dessen bekanntestes Werk „Anleitung zum Unglücklichsein“ ist.

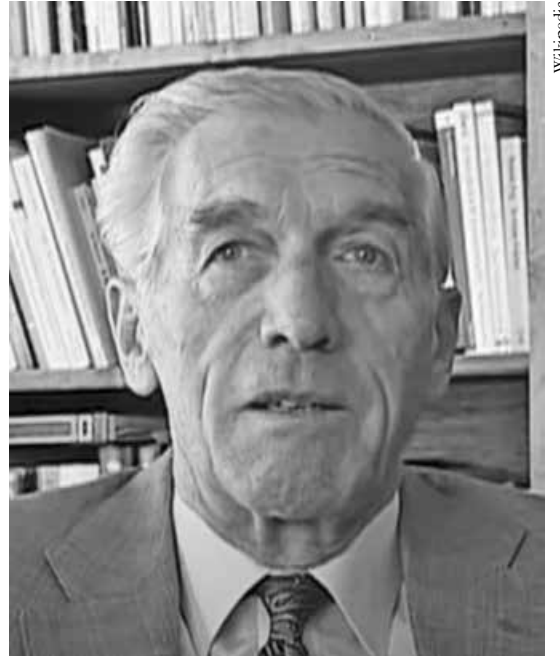
Watzlawicks Verdienste sind mit zahlreichen Auszeichnungen gewürdigt worden (u. a. Paracelsus-Ring der Stadt Villach, Goldenes Ehrenzeichen der Stadt Wien). Nahezu unbekannt ist seine antifaschistische, österreichisch-patriotische Gesinnung: Etwa seine Verhaftung im Dezember 1944 als Wehrmachtangehöriger (eine Offizierslaufbahn hatte er bewusst vermieden) und dreimonatige Gestapo-Haft wegen „staatsfeindlicher Betätigung, Zersetzung der Wehrmacht sowie Verstößen gegen das Heimtückegesetz (frecher Hohn gegen die Person des Führers)“. Glücklicherweise konnte Watzlawick mit Hilfe von Gesinnungsgenossen fliehen. Leider erlebte er bei der Rückkehr in seine Heimatstadt einen unfreundlichen Empfang, da man ihm sein Entkommen aus dem Gefängnis als Fahnenflucht und seine Tätigkeit als Dolmetscher bei den Alliierten als Verrat vorwarf.

Böhmisch-italienische Wurzeln

„Watzlawick“ ist die eingedeutschte Schreibweise des tschechischen Namens „Václavik“ („der kleine Václav“ = Wenzel). Der Name blieb erhalten - im Gegensatz zum späteren österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim, dessen Vater noch Václavik hieß. Paul Watzlawicks familiäre Wurzeln lagen väterlicherseits in Böhmen, die Familie der Mutter Emy Watzlawick kam aus Italien. „Ich bin ein typischer Österreicher, mein Vater kam aus Böhmen, meine Mutter war Italienerin“, kommentierte Watzlawick dies selbst.

Patriot und Weltbürger

Nach dem Zweiten Weltkrieg studierte Watzlawick an der Universität Venedig Philosophie und Neue Sprachen. Von 1951 bis 1954 absolvierte er am Carl-Gustav-Jung-Institut in Zürich eine Ausbildung zum Psychotherapeuten und Analytiker. Nach einem Aufenthalt in Indien erhielt er 1957 einen Ruf an die Universität El Salvador. Drei Jahre später nahm Watzlawick seine Tätigkeit am „Mental Research Institute“ im kalifornischen Palo Alto auf. 1976 übernahm er zusätzlich einen Lehrauftrag im Fachbereich Psychiatrie der Stanford University.



Wikipedia

Der anerkannte Wissenschaftler und Therapeut besuchte weiterhin regelmäßig Österreich, das er aus emotionalen Gründen nicht aufgeben wollte und konnte.

Gedenken in der Heimatstadt Villach

Anlässlich des zehnjährigen Ablebens Watzlawicks wurde zunächst enthusiastisch besprochen, das „Perau-Gymnasium“ in Villach, in welchem Watzlawick 1939 maturierte, in „Paul-Watzlawick-Gymnasium“ umzubenennen. Nach kurzem Hype kam es aber zur vehementen Gegenbewegung und Vereitelung dieses Plans. Schließlich wurde 2017 im Gedenken an markanter Stelle in Villach ein Paul-Watzlawick-Platz benannt.

Rudolf O. Zucha ■

Wir gratulieren: Jänner bis März 2022

99.Geburtstag: Wachold Kurt, Wien. **97.Geburtstag:** Seeböck Edith, Wien. **96.Geburtstag:** Male Maria, Ferlach; Schmitt Rosina, Linz; Lirsch Elfriede, Schwarzau am Steinfeld; Sasso Katharina, Winzendorf. **95.Geburtstag:** Slabina Albin, Wien. **94.Geburtstag:** Oswald Josefine, Tragöss; Hofbauer Frieda, Wien. **93.Geburtstag:** Tallon Anna, Linz; Rauch Josef, Zell am Ziller. **92.Geburtstag:** Weichenberger Josef, Salzburg; Kromer Herta, Pichlmayer Heinrich, Rabenseifner Johann, Wien. **91.Geburtstag:** Rigler Felix, Neunkirchen; Schöggel Friedrich, St. Pölten; Sablik Erich, Steyr; Gorski Kurt, Lauppert Edith, Wien. **90.Geburtstag:** Blahusch Johann, Heidenreichstein; Pichelmann Hedwig, Schmid Rudolf, Wien. **85.Geburtstag:** Reif Ernst, Linz; Neudauer Rudolf, Siegendorf; Reichl Hermann, Steyr; Brunner Raoul, Henriquez Gladys, Perl Gertrude, Wien. **80.Geburtstag:** Reichspfarrer Herbert, Baden; Obermann Helga, Innsbruck; König Manfred, Kremsmünster; Köstler Alfred, Laakirchen; Weiskopf Manfred, Landeck; Artner Ernst, Linz; Buchinger Horst, Radstadt; Kocevar Hans, St. Pölten; Draskovits Greta, Krainer Boris, Pöder Manfred, Reichenauer Dieter, Wien; Pils Erich, Wr. Neustadt. **75.Geburtstag:** Fahringer Alfred, Asperhofen; Schuh Friedrich, Dietmanns; Feymann Walter, Eisenstadt; Ballay Josef, Flauring; Uhl Utz, Graz; Reider Silvia, Innsbruck; Komarek Peter, Lanzendorf; Prattes Erich, Leoben; Egger Josef, Linz; Payer Johann, Neutal; Nowak Wolfgang, St. Pölten; Lubich Gerlinde, Stockerau; Köfel Franz, Völs; Prinz Rudolf, Weissenkirchen; Bachl Karl, Benke Christine, Blazek Rudolf, Fuchs Brunhilde, Lhotzky Brigitte, Novotny Eleonora, Skopek Karl, Strobel Heinz, Wipp Susanna, Wien; Lorenz Helmut, Wr. Neudorf.

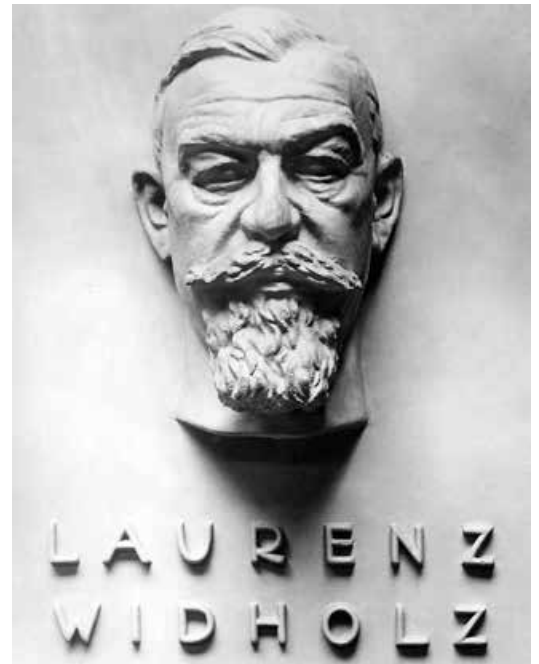


Laurenz Widholz – Biografische Notizen von Claus Michl-Atzmüller

Widholz wurde am 2. Mai 1861 als Sohn einer Bauernmagd in Mähren geboren. Er kam als Tischlerlehrling nach Wien. Er – wegen politischer Delikte mehrfach vorbestraft – war einer der **Wegbereiter der Arbeiterversicherung**. Als Obmann der Krankenkasse der Tischler und des Verbandes der Krankenkassen war er auf diesem Posten 30 Jahre lang um die Gesundheit und soziale Sicherung im Krankheitsfall für seine Kollegen eifrig tätig. Widholz ergriff 1912 die Initiative zum Bau von Wohnhäusern der Ortskrankenkasse, die dann in der Braunhubergasse 25-29 errichtet wurden (Krankenkassen-Häuser).

Widholz erkämpfte 1907, nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer, in Simmering das erste sozialdemokratische Direktmandat zum Reichsrat, dem er bis 1918 angehörte. Dem Nationalrat gehörte er danach bis zu seinem Tod am 19. November 1926 an. Zudem war er von 1919 bis 1920 Landeshauptmannstellvertreter von Niederösterreich. Seine vorbildliche Haltung im Sozialversicherungswesen leistete wertvolle Dienste für die herausragende und fortschrittliche **Sozialgesetzgebung von Ferdinand Hanusch**.

Die 1925 nach Plänen von Engelbert Mangerbaute Wohnhausanlage der Gemeinde Wien in der Geiselbergstraße 60-64 trägt seinen Namen. Ebenso ist die Widholzgasse seit 1971 nach ihm benannt.



Laurenz Widholz – geb. 2.05.1861, Mähren – gest. 19.11.1926, Wien

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Christian Angerer, Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Waltraud Barton, Anton Bergauer, Werner Drizhal, Alexander Emanuely, Josef Fiala, Matteo Gebhart, Sylvia Ippavitz, Edith Krisch, Claus Michl-Atzmüller, Gerald Netzl, Walter Schuster, Florian Schwanninger, Günther Sidl, Gerhard Taschler, Sylvia Unterrader, Peter Weidner, Rudolf O. Zucha

Grafische Gestaltung: Franziska J. Dowansky / Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. Februar 2022

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28. Mai 2022

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichte Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M